



Bericht über Solvabilität und  
Finanzlage 2016 (SFCR)

R+V Versicherung AG



Genossenschaftliche FinanzGruppe  
Volksbanken Raiffeisenbanken

# **R+V Versicherung AG**

Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 533-0  
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, HRB 7934, gegründet 1922

## **Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)**

Stichtag: 31.12.2016



<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	<b>4</b>
<b>A GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS</b> .....	<b>6</b>
A.1 Geschäftstätigkeit .....	6
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis .....	11
A.3 Anlageergebnis .....	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten .....	15
A.5 Sonstige Angaben .....	16
<b>B GOVERNANCE-SYSTEM</b> .....	<b>17</b>
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System .....	17
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit .....	24
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung .....	26
B.4 Internes Kontrollsystem .....	30
B.5 Funktion der internen Revision .....	30
B.6 Versicherungsmathematische Funktion .....	31
B.7 Outsourcing .....	31
B.8 Sonstige Angaben .....	32
<b>C RISIKOPROFIL</b> .....	<b>33</b>
C.1 Versicherungstechnisches Risiko .....	33
C.2 Marktrisiko .....	37
C.3 Kreditrisiko .....	39
C.4 Liquiditätsrisiko .....	40
C.5 Operationelles Risiko .....	41
C.6 Andere wesentliche Risiken .....	41
C.7 Sonstige Angaben .....	41
<b>D BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE</b> .....	<b>42</b>
D.1 Vermögenswerte .....	43
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen .....	48
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten .....	56
D.4 Alternative Bewertungsmethoden .....	58
D.5 Sonstige Angaben .....	61

<b>E</b>	<b>KAPITALMANAGEMENT</b>	<b>62</b>
E.1	Eigenmittel	62
E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	65
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	66
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	67
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	67
E.6	Sonstige Angaben	67

<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>68</b>
------------------------------	-----------

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

## Zusammenfassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die R+V Versicherung AG gehört als Unternehmen der R+V der genossenschaftlichen FinanzGruppe an. Sie ist die Obergesellschaft des R+V Konzerns und mehrheitlich direkt beziehungsweise indirekt an den Erstversicherungsgesellschaften des R+V Konzerns beteiligt.

Mit einem Beitragsvolumen von 2,2 Mrd. Euro ist die R+V Versicherung AG der zentrale Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf.

Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Nicht-Leben-Sparten und übernimmt vorwiegend Geschäft von Erstversicherungsgesellschaften kleiner und mittlerer Größe.

Ein Asset-Liability-Management sorgt dafür, dass die Unternehmensleitung jederzeit über Informationen für eine effiziente Unternehmensleitung verfügt. Das Asset-Liability-Management ist Element der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der R+V Versicherung AG.

Der Risikomanagementprozess soll die langfristige Lebensfähigkeit des Unternehmens sichern. Oberstes Ziel des Risikomanagements ist die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus Rückversicherungsverträgen.

Hierzu verfolgt die R+V eine auf langfristige Stabilität ausgerichtete Unternehmenspolitik. Kernelemente sind die strategische Anlagestrategie, das Vorhalten hoher Reserven auf der Aktiv- und der Passivseite der Bilanz.

Die Risikoselektion und -steuerung erfolgt zentral im Ressort Aktive Rückversicherung, wobei die Risiken systematisch nach Kategorien erfasst und gesteuert werden. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind durch die Zeichnungsvollmachten klar definiert. Die Übernahme des Fremdgeschäfts erfolgt anhand

verbindlicher Zeichnungsrichtlinien, in denen die Arten und Eigenschaften des Versicherungsgeschäfts sowie die Haftungsausschlüsse gemäß Zeichnungsrichtlinie geregelt werden.

Die Annahme von Rückversicherungsrisiken wird im Rahmen der Vertriebs- und Zeichnungspolitik über Einzelhaftungslimite und Kumullimite gesteuert. Ein Stufenkonzept mit mehreren Entscheidungsstufen regelt, welche Risiken – nach Umfang und Art der Deckung – angenommen werden dürfen. Zur Begrenzung der Risiken werden Einzelhaftungslimite pro Sparte, Gefahr und Region eingesetzt, um so eine Diversifikation der übernommenen Risiken zu erreichen.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden. Die von der R+V Versicherung AG eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der strategischen Asset Allocation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Die R+V Versicherung AG verfügte zum 31. Dezember 2016 über Eigenmittel in Höhe von insgesamt 10.708.720 TEuro. Die Eigenmittel setzten sich zum Stichtag aus 352.220 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 VAG in Höhe von 1.632.887 TEuro, sowie der Ausgleichsrücklage in Höhe von 8.723.612 TEuro zusammen.

Die Eigenmittel stellen im Wesentlichen den Überschuss der Vermögenswerte der R+V Versicherung AG über ihre Verbindlichkeiten dar und stehen zur Verfügung, um erhöhte Verpflichtungen aufgrund des Eintritts von Risiken zu bedecken. Bei der Berechnung dieses Solvenzkapitalbedarfs werden alle quantifizierbaren Risiken sowie deren Abhängigkeiten untereinander berücksichtigt. Das Sicherheitsniveau bei dieser Berechnung beträgt 99,5 %.

Die R+V Versicherung AG verfügt zum Stichtag über ausreichend Eigenmittel, um sowohl die Mindestkapitalanforderung als auch den Solvenzkapitalbedarf in Höhe von 3.073.508 TEuro zu decken. Zum 31.12.2016 ergibt sich damit eine Bedeckungsquote von 348 %. Dabei hat die R+V Versicherung AG keine genehmigungspflichtigen Instrumente wie Übergangsmaßnahmen oder Volatilitätsanpassungen in ihren Berechnungen angesetzt.

Die R+V Versicherung AG wird innerhalb der R+V Gruppe auch weiterhin die sich ergebenden Marktchancen nutzen. Hierzu wurde gruppenweit das Programm „Wachstum durch Wandel“ aufgelegt. Auch in Zukunft steht dabei die langfristige Solidität und Stabilität des Unternehmens im Mittelpunkt der Strategie.

Der vorliegende Bericht erläutert im Kapitel A die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der R+V Versicherung AG. Das Kapitel B zeigt das solide und vorsichtige Management des Geschäfts der R+V Versicherung AG. Das Risikoprofil wird in Kapitel C beschrieben und quantifiziert. Es wird aufgezeigt, wie Risikominderungstechniken eingesetzt werden und wie mögliche Stress-Szenarien auf das Unternehmen wirken könnten. Im Kapitel D werden die in der Solvabilitätsübersicht auszuweisenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß den Anforderungen von Solvency II mit ihrem beizulegenden Zeitwert dargestellt sowie die für diese Zwecke verwendeten Bewertungsansätze und -verfahren beschrieben. Im abschließenden Kapitel E werden die Eigenmittel der Gesellschaft und die Solvenzkapitalanforderungen sowie die daraus resultierende Bedeckungsquote dargestellt.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Dr. Norbert Rollinger,

Vorstandsvorsitzender der R+V Versicherung AG

## A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

### A.1 Geschäftstätigkeit

#### Rechtsform und Konzernzugehörigkeit

Die R+V Versicherung AG (RVV) ist die Obergesellschaft des R+V Konzerns. Sie ist mehrheitlich direkt beziehungsweise indirekt an den Erstversicherungsgesellschaften des R+V Konzerns beteiligt.

Die RVV befindet sich über direkt und indirekt gehaltene Anteile mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main. Weitere Anteile werden von genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Inklusive der Treuhandanteile beträgt die Beteiligungsquote der DZ BANK AG 92,08%. Der Vorstand der RVV trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

#### HALTER QUALIFIZIERTER BETEILIGUNGEN

	Anteil am Kapital in %
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, 60265 Frankfurt	69,9
Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, 30175 Hannover	15,5
Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-AG, 92339 Beilngries	4,6
Beteiligungs-AG der bayerischen Volksbanken, 82343 Pöcking	3,0
GBK Holding GmbH & Co. KG, 34117 Kassel	0,6
KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, 20097 Hamburg	0,2
609 Aktionäre der Primärstufe	6,1
10 Aktien im Streubesitz	0,1

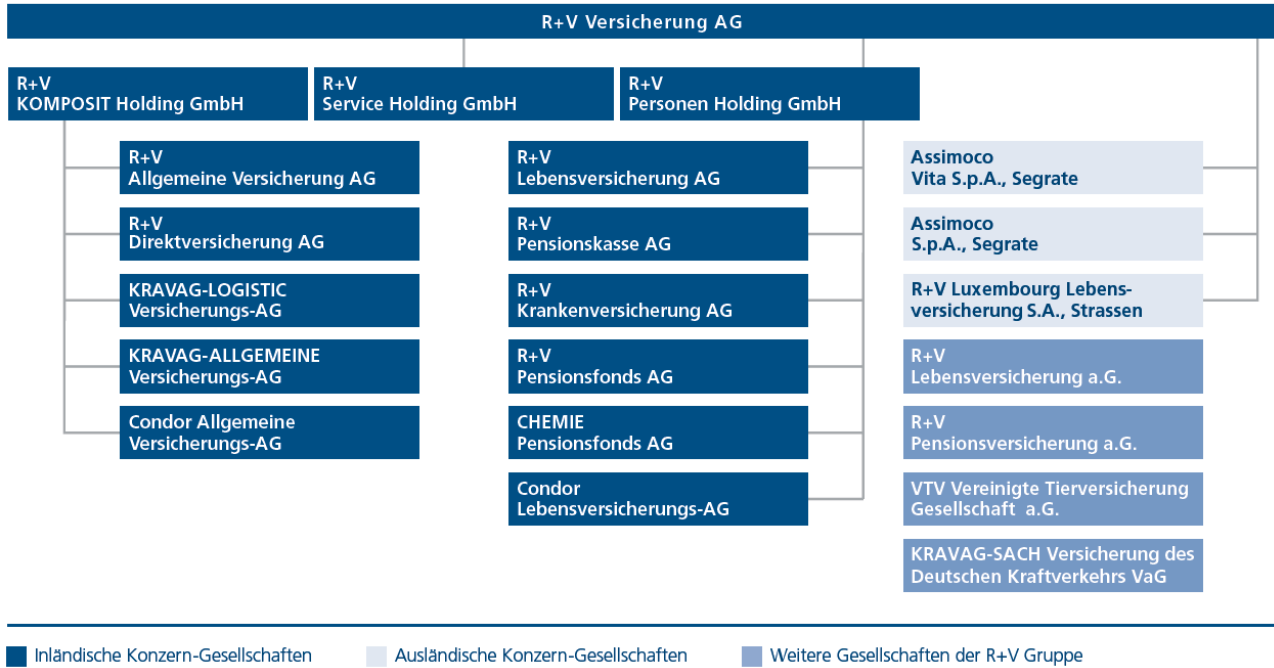
Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird als einheitliches Unternehmen geführt. Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Das nachfolgende Schaubild zeigt die R+V Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus dem R+V Konzern sowie den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.



Geschäftstätigkeit

R+V Gruppe – Vereinfachte Darstellung



Die RVV hält per 31. Dezember 2016 folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

## ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

	Anteil am Kapital in %
Assimoco S.p.A., Segrate	67,0
Assimoco Vita S.p.A., Segrate	64,6
CHEMIE Pensionsfonds AG, München	100,0
Condor Allgemeine Versicherungs-AG, Hamburg	100,0
Condor Lebensversicherungs AG, Hamburg	95,0
KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, Hamburg	76,0
KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg	51,0
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden	95,0
R+V Direktversicherung AG, Wiesbaden	100,0
R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden	100,0
R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,0
R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A., Strassen	100,0
R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden	74,9
R+V Pensionskasse AG, Wiesbaden	100,0
Assimocopartner Unipersonale S.r.l., Segrate	57,0
Aufbau und Handelsgesellschaft mbH, Stuttgart	82,3
BWG Baugesellschaft Württembergischer Genossenschaften mbH, Stuttgart	82,2
carexpert Kfz-Sachverständigen GmbH, Walluf	60,0
CI CONDOR Immobilien GmbH, Hamburg	95,0
compertis Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorgemanagement mbH, Wiesbaden	51,0
Condor Dienstleistungs-GmbH, Hamburg	95,0
Englische Strasse 5 GmbH, Berlin	90,0
Finassimoco S.p.A., Segrate	57,0
GbR Dortmund Westenhellweg 39-41, Wiesbaden	94,0
GTIS Brazil II S-Feeder LP, Edinburgh	97,9

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
Geschäftstätigkeit				

## ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

	Anteil am Kapital in %
GWG 1. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	91,4
GWG 2. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	91,4
GWG 3. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	91,4
GWG 4. Wohn GmbH & Co KG, Stuttgart	91,4
GWG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	91,4
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG, Stuttgart	91,4
GWG ImmoInvest GmbH, Stuttgart	86,7
GWG Wohnpark Sendling GmbH, Stuttgart	81,5
HANSEATICA Sechzehnte Grundbesitz Investitionsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	95,0
Henderson Global Investors Real Estate (No. 2) L.P., London	73,2
HGI Immobilien GmbH & Co. GB I KG, Frankfurt am Main	73,2
HumanProtect Consulting GmbH, Köln	100,0
IZD-Beteiligung S.à.r.l., Luxemburg	96,2
KRAVAG Umweltschutz- und Sicherheitstechnik GmbH, Hamburg	51,0
Martens & Prahl Hannover-Contor Versicherungsmakler GmbH, Hannover 2)	51,0
Medico 12 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,0
MSU Management-, Service- und Unternehmensberatung GmbH, Kaiserslautern	74,0
NF Nordstrand GmbH & Co. Heidenkampsweg 100 Nord KG, Norderfriedrichskoog	89,3
NF Nordstrand GmbH & Co. Heidenkampsweg 100 Süd KG, Norderfriedrichskoog	47,9
PASCON GmbH, Wiesbaden	100,0
Paul Ernst Versicherungsvermittlungsgesellschaft mbH, Hamburg	51,0
Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH, Wiesbaden	74,9
R+V Dienstleistungs-GmbH, Wiesbaden	100,0
R+V Erste Anlage GmbH, Wiesbaden	95,0
R+V INTERNATIONAL BUSINESS SERVICES Ltd., Dublin 3)	100,0
R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden	100,0

## ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

	Anteil am Kapital in %
R+V Kureck Immobilien GmbH, Wiesbaden	95,0
R+V Leben Wohn GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0
R+V Mannheim P2 GmbH, Wiesbaden	94,0
R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden	100,0
R+V Rechtsschutz-Schadenregulierungs-GmbH, Wiesbaden	100,0
R+V Service Center GmbH, Wiesbaden	100,0
R+V Service Holding GmbH, Wiesbaden	100,0
R+V Treuhand GmbH, Wiesbaden	100,0
RC II S.a.r.L., Luxemburg	90,0
RUV Agenturberatungs GmbH, Wiesbaden	100,0
RV-CVIII Holdings, LLC, Los Angeles	99,0
Schuster Versicherungsmakler GmbH, Bielefeld	51,0
Schuster Versicherungsservice GmbH, Bielefeld	51,0
SECURON Versicherungsmakler GmbH, München	51,0
Sprint Sanierung GmbH, Köln	100,0
Tishman Speyer Brazil Feeder (SCOTS/D), L.P., Edinburgh	97,5
Tishman Speyer European Strategic Office Fund Feeder, L.P., New York	97,2
UMB Unternehmens-Managementberatungs GmbH, Wiesbaden	100,0
UMBI GmbH, Wiesbaden 4)	100,0
Unterstützungskasse der Condor Versicherungsgesellschaften GmbH, Hamburg	98,3
VMB Vorsorgemanagement für Banken GmbH, Overath	90,0
VR BKE Beratungsgesellschaft für Klima und Energie mbH i.L., Wiesbaden	66,7
VR GbR, Frankfurt am Main	41,2
VR Hausbau AG, Stuttgart	82,0
WBS Wohnwirtschaftliche Baubetreuungs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart	86,7

### Geschäftsbereiche und Regionen

Die RVV ist der zentrale Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf. Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Nichtleben-Sparten.

Die RVV verzeichnete im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche gebuchte Bruttobeiträge von 2.228.601 TEuro, die sich per 31. Dezember 2016 wie folgt auf die wesentlichen Geschäftsbereiche verteilen:

### GESCHÄFTSBEREICH

	Anteile in %
Feuer- und andere Sachversicherungen	27,2
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	20,1
nichtproportionale Sachrückversicherung	15,7
nichtproportionale Unfallrückversicherung	11,7
Sonstige Kraftfahrtversicherung	7,9
Kredit- und Kautionsversicherung	6,7
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	4,2
Einkommensersatzversicherung	2,4
Allgemeine Haftpflichtversicherung	2,2
Lebensrückversicherung	1,2
Übrige	0,7
<b>Summe</b>	<b>100,0</b>

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
Versicherungstechnisches Ergebnis				

### Finanzaufsicht und externer Abschlussprüfer

Die für das Unternehmen und die R+V Gruppe zuständige Aufsichtsbehörde ist die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,  
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn

- Postfach 1253
- 53002 Bonn
- Fon: 0228 / 4108 - 0
- Fax: 0228 / 4108 - 1550
- E-Mail: [poststelle@bafin.de](mailto:poststelle@bafin.de)
- De-Mail: [poststelle@bafin.de-mail.de](mailto:poststelle@bafin.de-mail.de)

Der Abschlussprüfer der RVV ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mergenthalerallee 3-5, 65760 Eschborn.

### Wesentliche Entwicklungen mit Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen Entwicklungen oder sonstigen Ereignisse, die einen wesentlichen

Einfluss auf das Unternehmen im Hinblick auf die Veränderung der Risikosituation oder die Ausrichtung der Unternehmenssteuerung haben, zu verzeichnen.

## A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Im Berichtszeitraum erzielte die RVV ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von 17.117 TEuro. Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug - 10.511 TEuro. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von - 30.867 TEuro.

Im Folgenden werden die wesentlichen Größen gebuchte Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb dargestellt.

**VERSICHERUNGSTECHNISCHE ERGEBNISGRÖßEN (BRUTTO)**

	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle in- klusive Schadenregu- lierungskosten	Aufwendungen für den Versicherungsbe- trieb
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Krankheitskostenversicherung	588	-697	579
Einkommensersatzversicherung	53.691	28.929	25.604
Arbeitsunfallversicherung	43	-9	6
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	446.850	380.575	65.019
Sonstige Kraftfahrtversicherung	176.722	127.526	33.787
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	93.408	72.946	26.550
Feuer- und andere Sachversicherungen	607.023	448.057	186.244
Allgemeine Haftpflichtversicherung	48.693	23.777	18.419
Kredit- und Kautionsversicherung	150.116	66.492	56.035
Rechtsschutzversicherung	0	63	2
Verschiedene finanzielle Verluste	70	-29	48
nichtproportionale Krankheitsrückversicherung	7.117	6.732	3.493
nichtproportionale Sachrückversicherung	348.972	224.064	87.336
nichtproportionale Unfallrückversicherung	259.780	239.884	50.033
nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	9.672	11.197	5.153
Lebensrückversicherung	25.856	15.153	9.191
Krankenrückversicherung*	0	1.396	0
<b>Gesamt</b>	<b>2.228.601</b>	<b>1.646.056</b>	<b>567.499</b>

\*Aufwand aus Renten im Geschäftsbereich Unfall

Die RVV verzeichnete im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche gebuchte Bruttobeiträge von 2.228.601 TEuro. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle betragen 1.646.056 TEuro und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb 567.499 TEuro.

Als größter Geschäftsbereich trugen die Feuer- und anderen Sachversicherungen mit 27,2 %, gefolgt von der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 20,1 %, der nichtproportionalen Sachrückversicherung mit 15,7 %, der nichtproportionalen Unfallrückversicherung mit 11,7 %, der Sonstigen Kraftfahrtversicherung mit 7,9 %, der Kredit- und Kautionsversicherung mit 6,7 %, der See-, Luftfahrt- und Transportversicherung mit 4,2 % sowie der Einkommensersatzversicherung mit 2,4 % und der Allgemeinen Haftpflichtversicherung mit 2,2 % zu den gebuchten Bruttobeiträgen bei. Aus dem nicht mehr aktiv gezeichneten Geschäftsbereich der Lebensrückversicherung resultieren 1,2 % der Beiträge.

Die Geschäftsbereiche Feuer- und andere Sachversicherungen und die nichtproportionale Sachrückversicherung

sind insbesondere durch die Feuerversicherung geprägt. Das Beitragsvolumen in dieser Sparte insgesamt stammt unverändert im Wesentlichen von Zedenten außerhalb der R+V Gruppe. 84,3 % der Bruttoprämien entfallen hierbei auf Auslandsgeschäft. Darüber hinaus umfasst der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen die Sparten Rechtsschutz, Verbundene Hausrat und Wohngebäude, Einbruchdiebstahl, Technische Versicherungen, Leitungswasser, Glas, Sturm, Hagel, Tier, Atomanlagen-Sachversicherung sowie Allgefahren. Der Geschäftsbereich nichtproportionale Sachrückversicherung beinhaltet über die genannten Sparten hinaus die Kredit- und Kautionsversicherung. Die dominierenden Sparten waren hier wiederum Sturm, Kredit/Kautions und Hagel mit einem Beitragsanteil von zusammen 76,6 %. Während die Sturmversicherung im Geschäftsjahr einen Beitragsanstieg verzeichnete, wiesen die Hagel- und die Kredit- und Kautionsversicherung einen Beitragsrückgang auf.

Im Geschäftsbereich Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und der Sonstigen Kraftfahrtversicherung wird weltweit

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
Versicherungstechnisches Ergebnis				

Geschäft gezeichnet. 41,7 % des Beitragsvolumens stammen von Gesellschaften der R+V, die über einen starken Marktanteil in Deutschland verfügen. Dank dieser Präsenz im umkämpften Kraftfahrzurückversicherungsmarkt verzeichnete die RVV einen deutlichen Beitragszuwachs. Im ausländischen Geschäft wurde das Beitragswachstum insbesondere in Großbritannien und Südafrika erzielt.

Der Geschäftsbereich nichtproportionale Unfallrückversicherung umfasst die Versicherungszweige Haftpflicht, Kraftfahrt-Haftpflicht, Kraftfahrt-Unfall und Feuer-Haftung. Dominierend ist hier der Zweig Haftpflicht, der einen Beitragsanstieg verzeichnete.

Der Geschäftsbereich Kredit- und Kautionsversicherung wird sehr stark von gesamtwirtschaftlichen Einflussgrößen bestimmt. Im weltweiten Warenkredit- und Kautionsrückversicherungsgeschäft verlief das Jahr 2016 ähnlich dem Vorjahr. Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung in den USA stiegen die öffentlichen Investitionen und damit das Volumen im Kautionssegment an. Eine vergleichsweise hohe Basisschadenlast im Warenkreditbereich war nach wie vor vorhanden, da sich in vielen Ländern Südosteuropas und der Emerging Markets die wirtschaftlichen Probleme fortsetzten.

Während in der Transportversicherung die gebuchten Bruttobeiträge auf dem Niveau des Vorjahres lagen, entwickelte sich das Beitragsvolumen in der Luftfahrtversicherung aufgrund geringerer Nachverrechnungsprämien rückläufig, sodass sich insgesamt ein Beitragsrückgang ergab. Wichtigste Märkte nach Prämienvolumen waren unverändert für das Transportgeschäft Deutschland und für das Luftfahrtgeschäft die USA.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle wurden zu 27,2 % durch die Feuer- und anderen Sachversicherungen, zu 23,1 % durch die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, zu 14,6 % durch die nichtproportionale Unfallrückversicherung, zu 13,6 % durch die nichtproportionale Sachrückversicherung, zu 7,8 % durch die Sonstige Kraftfahrtversicherung, zu 4,4 % durch die See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und zu 4,0 % durch die Kredit- und Kautionsversicherung bestimmt.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen im Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen sind gekennzeichnet durch die Belastungen aus den Hagel- und Sturmereignissen im Mai und Juni des Geschäftsjahres in Deutschland und den Niederlanden, die aufgrund internationaler Gepflogenheiten in der Feuerversicherung abgebildet werden. In der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und der Sonstigen Kraftfahrtversicherung folgten die Geschäftsjahresschadenaufwendungen der Beitragsentwicklung nur unterproportional. Im Geschäftsbereich nichtproportionale Unfallrückversicherung wies die dominierende Haftpflichtsparte im Vergleich zum Beitragswachstum überproportional gestiegene Geschäftsjahresschadenaufwendungen auf. Die Schadenaufwendungen in der Kredit- und Kautionsversicherung entwickelten sich rückläufig, wohingegen im Bereich See-, Luftfahrt- und Transportversicherung ein überproportionaler Anstieg der Geschäftsjahresschadenaufwendungen zu beobachten war.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrafen die Feuer- und anderen Sachversicherungen mit 32,8 %, die nichtproportionale Sachrückversicherung mit 15,4 %, die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 11,5 %, die Kredit- und Kautionsversicherung mit 9,9 %, die nichtproportionale Unfallrückversicherung mit 8,8 %, die Sonstige Kraftfahrtversicherung mit 6,0 %, die See-, Luftfahrt- und Transportversicherung mit 4,7 %, die Einkommensersatzversicherung mit 4,5 % und die Allgemeine Haftpflichtversicherung mit 3,3 %. Auf den Geschäftsbereich Lebensrückversicherung entfielen 1,6 %.

Die RVV zeichnet das Rückversicherungsgeschäft vom Standort Wiesbaden aus weltweit. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 verteilten sich die gebuchten Bruttobeiträge aus dem von Zedenten außerhalb der R+V Gruppe gezeichneten Geschäft wie folgt nach Ländern:

LÄNDERVERTEILUNG	
	Gebuchte Brutto- beiträge
	in TEuro
Deutschland	194.255
Europa (ohne Deutschland)	821.681
USA	252.561
Nord-/Südamerika (ohne USA)	103.343
Südafrika	142.368
Afrika (Rest)	1.311
Asien	90.304
Übrige	147.973
<b>Gesamt</b>	<b>1.753.796</b>

### A.3 Anlageergebnis

Das Kapitalanlageergebnis (HGB) setzt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Das ordentliche Ergebnis umfasst auf der Ertragsseite Zins- und Dividendeneinnahmen und wird auf der Aufwandsseite insbesondere um die Verwaltungskosten vermindert. Im außerordentlichen Ergebnis werden Gewinne und Verluste aus Abgängen von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen sowie Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen saldiert. Nachstehende Tabelle zeigt die verschiedenen Quellen des Anlageergebnisses:

ANLAGEERGEBNIS IM GESCHÄFTSJAHR	
	2016
	in TEuro
Ordentliche Erträge	310.556
Ordentliche Aufwendungen	14.422
Abgangsgewinne	429
Abgangsverluste	22
Zuschreibungen	3.558
Abschreibungen	2.077
<b>Summe</b>	<b>298.022</b>

Die RVV erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 310.556 TEuro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 14.422 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 296.134 TEuro.

Bei den Kapitalanlagen der RVV ergaben sich Abschreibungen von 2.077 TEuro. Aufgrund von Wertaufholungen früherer Abschreibungen wurden 3.558 TEuro wieder zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die RVV einerseits Abgangsgewinne von 429 TEuro, andererseits entstanden Abgangsverluste von 22 TEuro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 1.888 TEuro.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2016 auf 298.022 TEuro. Die Nettoverzinsung lag bei 4,9 %.

In der folgenden Tabelle ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen dargestellt:



Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

## AUFSCHLÜSSELUNG DER ERTRAGS- UND AUFWANDSQUELLEN NACH VERMÖGENSWERTKLASSEN

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Abgangsgewinne	Abgangsverluste	Zuschreibungen	Abschreibungen
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Immobilien	670	215	0	0	0	0
Beteiligungen	207.052	5.450	0	0	0	0
Aktien	0	0	0	0	0	0
Investmentfonds	22.215	1.996	0	0	1.382	1.858
Anleihen	73.353	6.261	429	22	2.176	219
Hypothekendarlehen	0	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	1.759	500	0	0	0	0
Sonstige Anlagen	5.507	0	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>310.556</b>	<b>14.422</b>	<b>429</b>	<b>22</b>	<b>3.558</b>	<b>2.077</b>

Die Verteilung der ordentlichen Kapitalanlageerträge von 310.556 TEuro auf die einzelnen Anlageklassen verdeutlicht den Holdingcharakter der Gesellschaft. So wies die Anlageklasse Beteiligungen ordentliche Erträge von 207.052 TEuro auf. Die Position Anleihen mit einem ordentlichen Ertrag von 73.353 TEuro in 2016 umfasste die direkt gehaltenen Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen. Ein ordentlicher Ertrag in Höhe von 22.215 TEuro entstand bei Investmentfonds. Diese Position umfasste Rentenanlagen im Fondsbestand sowie die in Fonds gehaltenen Substanzwerte der Anlageklassen Aktien und Immobilien.

Die ordentlichen Aufwendungen aus Kapitalanlagen in Höhe von 14.422 TEuro wurden insbesondere geprägt durch Kosten der Vermögensverwaltung, bilanzielle Rückstellungen sowie planmäßige Abschreibungen und Depotgebühren. Mit 6.261 TEuro hatte die Position Anleihen den höchsten Anteil. Der zweithöchste Aufwendungsposten stammte mit 5.450 TEuro aus der Anlageklasse Beteiligungen.

Abgangsgewinne und Abgangsverluste entstehen durch Handelsaktivitäten im Zuge der Portfoliosteuerung und -optimierung. Die Abgangsgewinne entstanden in der Assetklasse Anleihen und betragen 429 TEuro im Geschäftsjahr 2016, Abgangsverluste aus derselben Assetklasse beliefen sich auf 22 TEuro.

Die Summe der Zuschreibungen in 2016 betrug 3.558 TEuro. Diese resultierten aus Anleihen in Höhe von 2.176 TEuro und aus Investmentfonds in Höhe von 1.382 TEuro.

Abschreibungen wurden in Höhe von 2.077 TEuro vorgenommen. In 2016 entfielen davon 1.858 TEuro auf Investmentfonds und 219 TEuro auf die Position Anleihen.

Das Verbriefungsportfolio der RVV bestand zum Berichtstichtag vollständig aus Collateralized Debt Obligations. Der beizulegende Zeitwert belief sich auf 12.290 TEuro. Die zugrundeliegenden Forderungen stammten zu 100 % aus Europa. Zum 31. Dezember 2016 waren insgesamt 100 % der Positionen in den Investment Grade-Bereich (bis BBB-) eingestuft.

In der Risikomessung werden Verbriefungen im Spreadrisiko berücksichtigt. Die Kapitalanforderung hierfür ergibt sich mithilfe eines Faktoransatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt.

#### A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

##### Sonstiges Ergebnis

Die Sonstigen Erträge beliefen sich auf 29.048 TEuro. Einen wesentlichen Bestandteil bildeten die Erträge aus Dienstleistungen. Diesen standen Sonstige Aufwendungen von 74.232 TEuro gegenüber. Sie beinhalten neben Aufwendungen für Dienstleistungen unter anderem auch Zins- und Beratungsaufwendungen. Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug - 45.184 TEuro.

### **Operating-Leasing-Verträge**

Die RVV ist Leasingnehmer bei Verträgen für Büro- und Geschäftsräume sowie für eine Dienstwagenflotte.

Im Bereich der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen bestehen grundsätzlich Verlängerungsoptionen.

Leasinggeber ist die RVV grundsätzlich bei standardisierten gewerblichen Mietverträgen im Immobilienbereich.

### **Finanzierungs-Leasing-Verträge**

Finanzierungs-Leasing-Verträge lagen zum Stichtag 31. Dezember 2016 nicht vor.

## **A.5 Sonstige Angaben**

Der zwischen der RVV und der DZ BANK AG bestehende Ergebnisabführungsvertrag vom März 2012 endete infolge seiner Befristung mit Ablauf des 31. Dezember 2016. Am 28. November 2016 hat der Vorstand der RVV einen Neuabschluss eines Gewinnabführungsvertrags beschlossen. Der vorgesehene Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Hauptversammlungen der DZ BANK AG sowie der RVV. Er wird mit einer Laufzeit von fünf Jahren mit Wirkung ab dem 1. Januar 2017 für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 befristet abgeschlossen. Im Zuge dessen soll bei der RVV ein Genehmigtes Kapital mit einem Gesamtausgabebetrag von 250 Mio. Euro beschlossen werden.

Im Berichtszeitraum sind keine weiteren Vorgänge zu verzeichnen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der RVV von Bedeutung sind.

## B Governance-System

### B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

#### Vorstand

Die Geschäftsorganisation der R+V wird von vier ineinandergreifenden Grundsätzen geprägt

- Einheitliche Leitung in der R+V
- Horizontale und vertikale Delegation
- Steuerung nach Ressorts
- Organisation nach dem Gedanken des Gemeinschaftsbetriebs

Die R+V-Gesellschaften werden wie ein einheitliches Unternehmen geführt. Die RVV ist die leitende Konzern- bzw. Gruppenobergesellschaft. Sie koordiniert die Zusammenarbeit der R+V. Alle wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen werden – im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit – durch den Vorstand der RVV getroffen und durch die Tochtergesellschaften umgesetzt. Die einheitliche Leitung wird auch durch die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der R+V-Gesellschaften sichergestellt. Die Vorstände setzen sich – je nach Gesellschaft – ganz, zum überwiegenden Teil oder zum Teil aus Vorstandsmitgliedern der RVV zusammen. Der Vorstandsvorsitzende der RVV ist zudem regelmäßig Aufsichtsratsvorsitzender ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften. Die einheitliche Leitung wird darüber hinaus durch die bestehenden Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträge gewährleistet. Der Organisationsgrundsatz der einheitlichen Leitung ist darüber hinaus auch in die Geschäftsordnungen der Vorstände der R+V-Gesellschaften eingeflossen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeiten erfolgt nach dem Prinzip der horizontalen und vertikalen Delegation. Auf Ebene des Vorstands der RVV erfolgt eine horizontale Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch die Zuweisung von Ressortzuständigkeiten:

#### Dr. Friedrich Caspers – Vorsitzender

Ressort Vorstandsvorsitz (bis 31. Dezember 2016)

#### Dr. Norbert Rollinger – Vorsitzender

Ressort Vorstandsvorsitz, Ausland (ab 1. Januar 2017)

#### Frank-Henning Florian

Ressort Personenversicherung

#### Heinz-Jürgen Kallerhoff

Ressort Vertrieb

#### Dr. Christoph Lamby

Ressort Aktive Rückversicherung

#### Dr. Edgar Martin

Ressort Kompositversicherung (ab 1. Januar 2017)

#### Peter Weiler

Ressorts Zentrale Informationssysteme, Betriebswirtschaft, Gesamtrisikomanagement

#### Marc René Michallet

Ressort Finanzen und Kapitalanlagen

#### Julia Merkel

Ressort Personal und Konzerndienstleistungen

Die durch die Ressortzuständigkeit horizontal zugeordneten Kompetenzen werden **vertikal** an Mitarbeiter zugewiesen, die unmittelbar an das jeweilige Vorstandsmitglied berichten.

Die R+V stellt hierbei sicher, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten in Einklang mit der Politik des Unternehmens zugewiesen, abgegrenzt und koordiniert sowie in den Beschreibungen der Aufgaben und Zuständigkeiten wiedergegeben werden. Im Zuge der Zuweisung wird eine Vermeidung von potentiellen Interessenkonflikten gewährleistet. Insbesondere wird dafür Sorge getragen, dass Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen zuständig

sind, nicht auch mit der Kontrolle dieser Risikopositionen betraut werden. Die R+V trägt diesen Anforderungen im Rahmen der horizontalen und vertikalen Delegation der Verantwortlichkeiten Rechnung. Bereits im Rahmen der horizontalen Delegation wird sichergestellt, dass die risikoinitiierenden Ressorts grundsätzlich organisatorisch getrennt von den Mitarbeitern sind, die risikokontrollierende Aufgaben wahrnehmen. Diese organisatorische Funktionstrennung wird unter dem Aspekt der Sachgerechtigkeit aber teilweise durch funktionale, ressortübergreifend organisierte Aufgabenwahrnehmung mit zentralen und dezentralen Komponenten überlagert, insbesondere im Hinblick auf den zentralen / dezentralen Aufbau der Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“ und „Compliance“. Soweit risikoinitiierende und risikokontrollierende Mitarbeiter innerhalb eines Ressorts tätig sind, wird der Grundsatz der Funktionstrennung durch die Schaffung sonstiger angemessener organisatorischer Rahmenbedingungen sichergestellt, die Interessenkonflikte ausschließen (bspw. Funktionstrennung auf Abteilungsebene oder Ausschluss von Vorbefassung).

Diese horizontale und vertikale Delegationskette wird unter dem Organisationsgedanken des Gemeinschaftsbetriebes durch die Ausgliederung und Zentralisierung der Geschäftstätigkeit auf die mitarbeiterführenden Gesellschaften ergänzt. Die Aufgaben aller Unternehmen sind R+V-intern bei einzelnen Gesellschaften zentralisiert, die diese Tätigkeiten dann als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringen. Die Organisation nach dem Gemeinschaftsbetrieb gewährleistet eine klare, transparente Organisationsstruktur und ermöglicht zum Nutzen der Versicherungsnehmer eine effiziente und kostengünstige Wahrnehmung aller Aufgaben.

Die Vorstände und Aufsichtsräte stehen in einer gemäß Solvency II angemessenen Interaktion mit den eingesetzten Ausschüssen, den Schlüsselfunktionen und den anderen Führungskräften des Unternehmens. Eine angemessene Interaktion beinhaltet vor allem einen Informationsfluss aus allen Bereichen des Unternehmens an den Vorstand. Erforderlich sind regelmäßige sowie anlassbezogene Informationen an den Vorstand sowie entsprechende Informations- und Beratungspflichten der anderen Stellen. Neben den geforderten Prozessen zur Übermittlung von Informationen und Berichten aus allen Unternehmensbereichen an die Geschäftsleitung umfasst die angemessene

Interaktion auch Prozesse, die sicherstellen, dass die bearbeitenden Stellen über die getroffenen Entscheidungen informiert werden.

### **Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse überwachen die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend, begleiten diese beratend und entscheiden über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte. Die Überwachung des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses bezieht sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des internen Revisionsystems. Er setzt sich zum Stichtag aus den folgenden Personen zusammen:

#### **Wolfgang Kirsch** – Vorsitzender –

Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

#### **Ulrich Birkenstock** – Stellv. Vorsitzender –

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der R+V Allgemeine Versicherung AG, Filialdirektion Koblenz, Koblenz

#### **Uwe Abel**

Vorsitzender des Vorstands der Mainzer Volksbank eG, Mainz

#### **Thomas Bertels**

Gesamtbetriebsratsvorsitzender der R+V Service Center GmbH, Münster

#### **Uwe Fröhlich**

Präsident des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin

#### **Rita Jakli**

Bereichsleiterin der RVV, Direktion Wiesbaden, Wiesbaden (bis 31. Dezember 2016)

#### **Engelbert Knöpfle**

Leiter der Vertriebsdirektion der R+V Allgemeine Versicherung AG, Vertriebsdirektion Süd-Ost, München (ab 1. Januar 2017)

	Allgemeine Angaben zum Governance-System			
--	--	--	--	--

**Klaus Krömer**

Mitglied des Vorstands, Emsländische Volksbank eG, Meppen

**Karl-Heinz Moll**

Mitglied des Vorstands der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt

**Dirk Schiweck**

Mitglied des Gesamtbetriebsrats der RVV, Direktion Wiesbaden, Wiesbaden

**Armin Schmidt**

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Wiesbaden, Wiesbaden

**Sigrid Schneider**

Vorsitzende des Betriebsrats der R+V Allgemeine Versicherung AG, Filialdirektion Dresden, Dresden

**Ingo Stockhausen**

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Oberberg eG, Wiehl

**Ursula-Maria von Tesmar**

Vorsitzende des Betriebsrats des Gemeinschaftsbetriebs R+V Direktionsbetrieb Hamburg/KRAVAG, Asendorf

**Martina Trümner**

Justiziarin der Bundesverwaltung Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Berlin, Berlin

**Rainer Wiederer**

Sprecher des Vorstands der Volksbank Raiffeisenbank-Würzburg eG, Würzburg

**Jürgen Zachmann**

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Pforzheim eG, Pforzheim

Der Aufsichtsrat wird grundsätzlich durch den Vorstand informiert. Die Berichterstattung der Bereichsleiter der internen Revision, des Rechnungswesens, des Konzern-Risikomanagements, der Compliance-Funktion sowie die Be-

richterstattung des Verantwortlichen Aktuars bzw. der Versicherungstechnischen Funktion erfolgt direkt an die Prüfungsausschüsse.

**Ausschüsse und Kommissionen des Vorstands**

Die Mitglieder des Vorstands der R+V Gesellschaften haben verschiedene Ausschüsse und Kommissionen eingesetzt. Diese sind jeweils mit mindestens einem Mitglied des Vorstands besetzt. Ausschüsse entscheiden für den Vorstand und sind daher mehrheitlich mit Vorstandsmitgliedern besetzt. Kommissionen dienen vorwiegend der Koordination einer Ressortverantwortlichkeit, die auch andere Ressorts betrifft. Die Leitung der Kommission liegt daher beim federführenden Ressort. Die Ausschüsse und Kommissionen bereiten Beschlussfassungen des Vorstandes vor. Darüber hinaus berichten sie mindestens jährlich an den Vorstand und stellen somit eine wichtige Informationsquelle des Vorstands im Sinne einer angemessenen Interaktion dar. Die Berichterstattung über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen obliegt dabei dem jeweiligen Vorsitzenden. Die in den Ausschüssen und Kommissionen vertretenen Vorstandsmitglieder unterrichten ihrerseits die übrigen Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Verfahrensabläufe der Ausschüsse und Kommissionen sind in ihren Geschäftsordnungen geregelt.

Nachfolgend sind die wesentlichen Ausschüsse und Kommissionen beschrieben:

**Finanzausschuss**

Bestimmte Geschäfte sind aufgrund ihrer Risikorelevanz an den Finanzausschuss zu berichten. Andere Geschäfte bedürfen aufgrund ihrer besonderen Risikorelevanz der Zustimmung des Finanzausschusses. Er steht in der Entscheidungs pyramid zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Finanzen (ggfs. unter Einbindung des Investmentkomitees) und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Welche Geschäfte jeweils berichtsbedürftig oder zustimmungsbedürftig sind hängt von ihrer Art und/oder ihrem Volumen ab. Des Weiteren bereitet der Finanzausschuss die Beschlussfassung des Vorstands über die Definition einer strategischen Anlagepolitik vor. Ferner nimmt er die vierteljährliche Berichterstattung über die Kapitalanlagen entgegen, steuert die Asset-Liability-Management-Prozesse, beauftragt die Weiterentwicklung des Asset-Liability-Managements (ALM)

und managt das ALM-Risiko auf Basis einer regelmäßigen Berichterstattung und von Erkenntnissen aus der Risikokommission. Der Finanzausschuss tritt vierteljährlich zusammen.

### **Rückversicherungsausschuss**

Der Rückversicherungsausschuss entscheidet über die Rückversicherungspolitik und den Abschluss bestimmter Rückversicherungsgeschäfte, die ihm durch die Zeichnungsrichtlinie der aktiven Rückversicherung zugewiesen sind. Er steht zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Rückversicherung und des Gesamtvorstands. Ferner koordiniert und bewertet er diese Geschäftsvorfälle auch im Hinblick auf die Belange der Risikostrategie und koordiniert die Zeichnungsrichtlinien mit den Belangen des Risikomanagements. Des Weiteren nimmt er die Berichterstattungen über die vom Vorstand zu verabschiedende operative Planung für das Ressort Aktive Rückversicherung, über die Planung der Rückversicherungsergebnisse für das abgegebene und übernommene Gruppengeschäft und über den halbjährlichen Bericht im Rückversicherungsausschuss entgegen. Er bereitet die Beschlussfassung des Vorstands über die Grundsätze der Rückversicherungspolitik und ihrer Änderung vor. Der Rückversicherungsausschuss tagt halbjährlich.

### **Ausschuss Produkt- und Markenstrategie**

Der Ausschuss Produkt- und Markenstrategie tagt mehrmals jährlich und bereitet die Beschlussfassung des Vorstandes über wesentliche Änderungen der R+V-Vertriebs- und Spartenmodelle vor.

Im Hinblick auf Produkte kommen dem Ausschuss Produkt- und Markenstrategie die Vorbereitung der Beschlussfassung des Vorstandes über die Entwicklung von Produkten, die wesentliche Auswirkungen auf die Geschäfts- und Vertriebsmodelle haben sowie die Festlegung der Prozesse und Kriterien für die Auswahl der Wachstumspakete sowie Entscheidung über die umzusetzenden Wachstumspakete eines Jahres zu.

Im Hinblick auf das Marketing umfassen die Aufgaben die Kenntnisnahme wesentlicher Ergebnisse aus der Marktbeobachtung und Ableitung notwendiger Maßnahmen für die R+V, die Vorbereitung der Beschlussfassung des Vorstandes über die Festlegung und Weiterentwicklung der

gruppenweiten Marketingausrichtung und der Positionierung aller Marken der R+V, die Ableitung der notwendigen Handlungsfelder sowie die Festlegung des Marktauftritts und der wesentlichen Werbemaßnahmen der R+V und die Entscheidung über den jährlichen Kommunikationsschwerpunkt der R+V und Festlegung des zugehörigen Mediabudgets (TV, Radio, Print inklusive Produktion und Umsetzung).

### **Investitionskommission**

Die Investitionskommission tritt vierteljährlich zusammen und entscheidet über Investitionsprojekte ab einem definierten Gesamtbetrag. Sie bereitet die Beschlussfassung des Vorstandes über diese Investitionsprojekte vor sowie die Beschlussfassung über die Grundsätze der Investitionspolitik. Der Investitionskommission obliegt ferner die Festlegung, fortlaufende Kontrolle und Anpassung des Projektportfolios und des Investitionscontrollingverfahrens sowie die Überprüfung und Kommunikation von wesentlichen Nutzen- oder Kostenänderungen einschließlich Rückmeldung an den Gesamtvorstand.

### **Risikokommission**

Die Risikokommission, als integraler Bestandteil des ORSA-Prozesses, dient der Koordination, Information und dem fachlichen Austausch zwischen dem Gesamt- und dem Ressort-Risikomanagement. Darüber hinaus hat die Risikokommission – ungeachtet der Leitungsverantwortung des für das Risikomanagement zuständigen Ressortvorstandes – eigenständige Entscheidungsbefugnisse und bereitet ferner Entscheidungen des Gesamtvorstands vor.

Die Risikokommission ist außerdem Instrument der Interaktion der Risikomanagementfunktion mit den Inhabern der drei anderen Schlüsselfunktionen Compliance, interne Revision und versicherungsmathematische Funktion.

Die Aufgaben, Befugnisse sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Risikokommission sind in ihrer Geschäftsordnung niedergelegt.

### **Weitere Governance-Gremien**

Neben den genannten Ausschüssen und Kommissionen existieren zum Stichtag weitere Gremien, die zentrale Governance-Aufgaben wahrnehmen. Besondere Bedeutung haben dabei die Führungskreise, das Kapitalkomitee,

	Allgemeine Angaben zum Governance-System			
--	--	--	--	--

das ALM-Komitee, das Komitee der versicherungsmathematische Funktion (VMF-Komitee), die Compliance-Konferenz und das Business-Continuity-Management-Gremium (BCM-Gremium).

### Schlüsselfunktionen

Die Governance-Vorgaben gemäß Solvency II enthalten Organisationsanforderungen für vier aus aufsichtsrechtlicher Sicht besonders wichtige Bereiche des Unternehmens. Die Organisationseinheiten, denen die Aufgaben dieser vier Themengebiete zugewiesen sind, werden als Schlüsselfunktionen bezeichnet: Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, interne Revisions-Funktion sowie versicherungsmathematische Funktion.

Unter einer Funktion ist dabei der Mitarbeiterkreis zu verstehen, der die jeweiligen Aufgaben wahrnimmt. Funktionen bestehen aus einer Organisationseinheit oder einem Teil dieser Organisationseinheit, oder sind aus mehreren Organisationseinheiten oder mehreren Teilen von Organisationseinheiten zusammengesetzt. Für jede Schlüsselfunktion ist ein verantwortlicher Inhaber festgelegt, dem die Letztverantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben seiner Schlüsselfunktion zukommt.

Die RVV hat die genannten Schlüsselfunktionen im Unternehmen eingerichtet und in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert. In der R+V sind die Schlüsselfunktionen auf einzelne R+V-Gesellschaften ausgegliedert worden, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für die anderen betroffenen R+V-Unternehmen als Dienstleister erbringen. Die RVV hat ihre Schlüsselfunktionen nicht ausgegliedert, sondern erbringt diese selbst sowie für andere R+V-Gesellschaften. Die Schlüsselfunktionen sind organisatorisch direkt unter den jeweiligen Vorstandsressorts angesiedelt.

Für die Governance-Struktur der R+V nehmen die Schlüsselfunktionen eine wichtige Stellung im Konzept der drei Verteidigungslinien (sog. „Three-Lines-of-Defense“) ein. Das Konzept dient der Sicherstellung eines funktionsfähigen Überwachungs- und Kontrollsystems im Unternehmen und unterstützt dabei das Risikomanagement der R+V. Die erste Verteidigungslinie umfasst das dezentrale Risikomanagement in Form der operativen Einheiten. Im Rahmen der täglichen Geschäftstätigkeit zeichnen die Mitarbeiter der R+V Risiken. Als zweite Verteidigungslinie agiert die Risikomanagementfunktion, die Compliance-

Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Sie erfüllen insbesondere eine zentrale Überwachungs- und Beratungsaufgabe, indem sie die implementierten Kontrollmechanismen der ersten Verteidigungslinie regelmäßig überwachen und die notwendige Methodenkompetenz zur Verfügung stellen. Eine prozessunabhängige Letztprüfung erfolgt durch die Schlüsselfunktion Revision, welche als dritte Verteidigungslinie für die nachgelagerte Validierung der Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der ersten beiden Verteidigungslinien zuständig ist.

In aufbauorganisatorischer Hinsicht stellt die R+V sicher, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation sowie klar festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse besitzt. Dies wird in den internen R+V-Leitlinien der vier Schlüsselfunktionen festgelegt, welche ihre Stellung im Unternehmen, ihre Kompetenzen sowie ihre organisatorische Einbindung definieren. Wesentlicher Aspekt ist hierbei die direkte Berichterstattung gegenüber dem Vorstand, welche turnusmäßig mindestens einmal jährlich in gesonderten schriftlichen Berichten sowie darüber hinaus ad hoc aus besonderem Anlass erfolgt.

Auch die Ablauforganisation der Schlüsselfunktionen ist in den jeweiligen internen Leitlinien geregelt sowie die Sachverhalte, die an die jeweilige Schlüsselfunktion zu melden sind.

Die **Risikomanagementfunktion** unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses gemäß ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben für die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit soll ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt werden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Der Inhaber der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar

an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem für Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitglied der RVV zugeordnet.

Die Aufgabe der **Compliance-Funktion** liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Der Inhaber der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet.

Die **versicherungsmathematische Funktion** ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Organisatorisch ist die versicherungsmathematische Funktion bei R+V auf Gesellschaftsebene angesiedelt.

Die **Schlüsselfunktion** interne Revision wird bei R+V von der Konzern-Revision ausgeübt. Diese prüft die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

### Wesentliche Transaktionen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

### Bewertung des Governance-Systems

Das Governance-System wird gemäß § 23 Abs. 2 a.F. des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) mindestens jährlich auf seine Angemessenheit hin geprüft. Umfang und Häufigkeit dieser internen Überprüfungen werden durch die Geschäftsleitung festgelegt.

Im Jahr 2016 ist die interne Überprüfung des Governance-Systems durch die Konzern-Revision durchgeführt worden. Auf Basis der Prüfungsergebnisse des Jahres 2016 sowie der Erkenntnisse der weiteren Schlüsselfunktionen ergaben sich hieraus keine zusätzlichen Feststellungen, die nicht bereits in einzelnen abgeschlossenen Revisionsprüfungen 2016 berichtet wurden.

### Vergütungspolitik und -system

Die europäischen und nationalen Solvency II-Vorgaben legen allgemeine Grundsätze und konkrete Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen fest.

Für die Vergütung aller Mitarbeiter werden allgemeine Grundprinzipien vorgegeben, die folgende Kernelemente der Vergütungspolitik der R+V definieren:

- Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens, seinem Risikoprofil, seinen Zielen, seinen Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens als Ganzes
- Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- Förderung eines soliden und wirksamen Risikomanagements und keine Ermutigung zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen
- Keine Gefährdung der Fähigkeit des Unternehmens, eine angemessene Kapitalausstattung aufrechtzuerhalten.



	Allgemeine Angaben zum Governance-System			
--	--	--	--	--

### Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrates der RVV wurde durch Beschluss der Hauptversammlung festgelegt. Da der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand überwachen soll, ist eine an die Erreichung von Zielen gekoppelte variable Vergütung für den Aufsichtsrat nicht vorgesehen. Es besteht ein Anspruch auf Fixvergütung. Für die Tätigkeit in einem Ausschuss ist ein zusätzlicher Vergütungsanspruch festgelegt. Daneben besteht ein Anspruch auf Sitzungsgeld als pauschale Aufwandsentschädigung und konkret verauslagte Reisekosten.

### Vorstand

Das Vergütungssystem für den Vorstand der RVV fördert eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungsentscheidung durch den Aufsichtsrat. Zur Vorbereitung der Vergütungsentscheidung hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss eingerichtet.

Das Vergütungssystem ist mit dem Steuerungssystem der R+V verknüpft. Die Ableitung der Ziele für die variable Vorstandsvergütung erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden dreijährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem des Vorstandes ist mit dem Vergütungssystem der Leitenden Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes verknüpft. Bei der Vergütung des Vorstandes achtet der Aufsichtsrat auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandes sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen werden durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

Unter Berücksichtigung bestehender vertraglicher Ansprüche überprüft der Aufsichtsrat das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe regelmäßig auf ihre Angemessenheit.

Die Vergütung des Vorstandes besteht aus mehreren Komponenten. Variable und feste Vergütungsbestandteile stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.

Der Vorstand erhält eine Fixvergütung. Die Höhe der Fixvergütung ist so bemessen, dass der Vorstand nicht zu sehr auf die variable Vergütung angewiesen ist. Weiterhin

werden übliche Nebenleistungen (Dienstwagen, Telefon, usw.) gewährt.

Neben Grundgehalt, Nebenleistungen und nichtruhegehaltsfähigen Festbezügen erhält der Vorstand einen Bonus als variable Vergütung. Der Bonus ist als Jahresbonus ausgestaltet. Die Höhe des Bonus beträgt ca. 25 % der Gesamtvergütung. Die variable Vergütung basiert auf der Jahresperformance. Sie kann bei deutlicher Zielverfehlung entfallen.

Die variable Jahresvergütung orientiert sich an den Zielvorgaben durch den Personalausschuss des Aufsichtsrats. Ca. 60 % der Ziele sind als Unternehmensentwicklungs- und Risikomanagementziele für alle Vorstandsmitglieder gleich ausgestaltet. Die übrigen Ziele sind als persönliche Jahresziele ausgestaltet. Es wird dabei darauf geachtet, dass sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Ziele vorgegeben werden. Jedes Ziel ist mit einem Zielgewicht ausgestattet.

Die **aufgeschobene Auszahlung** eines wesentlichen Teils der variablen Jahresvergütung ermöglicht eine nachträgliche Abwärtskorrektur (Malus/ Auszahlungsvorbehalt). Nur ein Teil des erzielten Jahresbonus wird nach Ablauf des einjährigen Beurteilungszeitraumes (Geschäftsjahr) und Festsetzung durch den Aufsichtsrat auf Beschlussvorschlag des Personalausschusses sofort ausgezahlt. Ein wesentlicher Anteil steht dagegen unter Auszahlungsvorbehalt und wird erst nach Ablauf von drei weiteren Jahren ausgezahlt. Personalausschuss und Aufsichtsrat beurteilen die Voraussetzung der Auszahlung auf der Grundlage der Entwicklung des Werts der Aktien der R+V Versicherung AG nach Ablauf von drei Jahren. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluss des Aufsichtsrates.

Aktioptionen oder Ähnliches werden nicht gewährt. In den vertraglichen Vereinbarungen verpflichten sich die Vorstandsmitglieder während des gesamten Zeitraums, keine persönlichen Hedging Strategien zu verfolgen und nicht auf vergütungs- oder haftungsbezogene Versicherungen zurückzugreifen, die die in den Vergütungsregelungen verankerten Risikoanpassungseffekte unterlaufen würden.

Für Vorstandsmitglieder besteht eine betriebliche Altersversorgung durch Pensionszusage. Die Versorgungsfälle

sind Altersrente, dauerhafte Dienstunfähigkeit, Tod. Die Versorgungszusage ist sofort unverfallbar. Eine regelmäßige Altersrente wird ab Beendigung des 65. Lebensjahres gewährt.

### **Vergütung nichtleitender und leitender Mitarbeiter (Innendienst)**

Die Vergütung der nichtleitenden Mitarbeiter richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrages und des Gehaltstarifvertrages der Versicherungswirtschaft. Jeder nichtleitende Mitarbeiter hat ein Jahreszielgehalt. Dieses setzt sich aus dem Jahresgrundgehalt und den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) für Tarifmitarbeiter bzw. bei Mitarbeitern mit variabler Vergütung dem Anteil der variablen Vergütung bei 100%iger Zielerreichung zusammen.

Leitende Angestellte erhalten ein Jahreszielgehalt. Dieses setzt sich aus dem Jahresgrundgehalt und der variablen Vergütung zusammen, bei der eine Tantieme und Bonifikation von je 100% zugrunde gelegt werden. 75% der Zieltantieme sind fix, werden im November ausgezahlt und zählen nicht zum Jahresgrundgehalt, da sie nicht altersversorgungswirksam sind.

Die Ableitung der Ziele für die variable Vergütung der nichtleitenden und leitenden Mitarbeiter erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden dreijährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem der nichtleitenden und leitenden Mitarbeiter ist mit dem Vergütungssystem des Vorstands verknüpft. Soweit möglich und sachgerecht werden identische oder vergleichbare Konzernziele ausgewählt. Insbesondere bei der Vergütung der leitenden Mitarbeiter achtet der Vorstand auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

### **Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen und Hauptbevollmächtigte**

Die Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie die Hauptbevollmächtigten erhalten ein Jahreszielgehalt, das neben fixen Gehaltsbestandteilen auch variable Gehaltsbestandteile – Tantieme und Bonifikation - enthält. Diese

variable Vergütung hängt von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Um der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit des Unternehmens Rechnung zu tragen, wird im April des Folgejahres nicht die komplette Summe aus tatsächlicher Tantieme und individueller Bonifikation ausgezahlt, sondern ein wesentlicher Teil wird um drei Jahre aufgeschoben und die Auszahlung erfolgt im April des dem dritten Jahr folgenden Jahres. Die Höhe der Auszahlung des aufgeschobenen variablen Teils richtet sich nach der Entwicklung des Unternehmenswertes nach drei Jahren. Falls dieser Wert nicht erreicht wird, kann der Auszahlungsbetrag gekürzt werden oder entfallen.

## **B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit**

### **Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde**

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten und Personen, die andere Schlüsselaufgaben innehaben, müssen gewisse Anforderungen an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllen – die sogenannten *Fit & Proper*-Anforderungen (§ 24 Abs. 1 VAG). Die Vorgaben entsprechen vom Grundsatz her den ehemals in § 7a Abs. 1, Abs. 4 VAG a.F. enthaltenen Regelungen für Vorstände und Aufsichtsräte, allerdings wurde der betroffene Personenkreis unter Solvency II erheblich ausgedehnt.

Folgende Personen unterliegen den *Fit & Proper*-Anforderungen:

- Mitglieder des Vorstands
- Mitglieder des Aufsichtsrats
- die verantwortlichen Inhaber der Schlüsselaufgaben
- alle Personen, die in Schlüsselfunktionen tätig sind.

Neben den oben genannten Personen wurden keine weiteren sonstigen Schlüsselaufgaben identifiziert.

Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

## Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

### Vorstand und Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Letzterer ist daher für die Prüfung und Sicherstellung von Eignung und Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person verantwortlich. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Neben der individuellen Eignung und Zuverlässigkeit einer Person, die als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied bestellt werden soll, ist auch zu prüfen, ob der Vorstand in fünf gesetzlich festgelegten Themengebieten als Gesamtgremium ausreichende Eignung aufweist („kollektive Qualifikation“):

- Versicherungs- und Finanzmärkte;
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell;
- Governance-System;
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse und
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidung, ob das Vorstandsmitglied fachlich geeignet und zuverlässig ist sowie die Entscheidung, ob die kollektive Qualifikation des Vorstandes gegeben wäre, inzident mit der Entscheidung zur Bestellung des Vorstandsmitglieds.

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines Aufsichtsratsmitglieds umfasst zum einen die Prüfung der *individuellen fachlichen Eignung* der Person. Darüber hinaus ist im Wege einer Gesamtschau zu prüfen, ob durch die Bestellung der Person auch die *kollektive Eignung* des Aufsichtsrats als Gesamtgremium sichergestellt ist.

Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit von neu bestellten Aufsichtsratsmitgliedern wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Vorstandsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert. Die Entscheidung über Eignung und

Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person erfolgt inzident im Empfehlungsbeschluss.

Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer erfolgt nach den Vorgaben des MitbestG durch Wahl. Nach Amtsantritt erfolgt eine Überprüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit durch den Bereich Konzern-Recht.

Wird dem Aufsichtsrat ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Aufsichtsratsmitglieds gebietet, ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. – sofern der Aufsichtsratsvorsitzende betroffen ist – sein Stellvertreter unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

### Schlüsselfunktionsinhaber und Schlüsselfunktionsmitarbeiter

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit sind grundsätzlich an Schlüsselfunktionsinhaber und Schlüsselfunktionsmitarbeiter gleichermaßen gerichtet. Anforderungen an die fachliche Eignung für die jeweilige Stelle werden in einem Funktionsprofil niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft erstellt wird. Im Rahmen der Prüfung der fachlichen Eignung wird untersucht, ob die jeweilige Person die Anforderungen des konkreten Funktionsprofils erfüllt. Die Zuverlässigkeit muss nicht positiv nachgewiesen werden, sondern ist als gegeben anzusehen, sofern keine Anhaltspunkte vorliegen, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen. Im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung werden die Person und ihr Werdegang daher auf solche, die Zuverlässigkeit kontraindizierende Aspekte untersucht.

Die Prüfung der fachlichen Eignung erfolgt nach den seitens der BaFin festgelegten Maßstäben und auf Grundlage der Dokumente, die auch der BaFin zur Prüfung einzureichen sind.

Die Einschätzung der Zuverlässigkeit erfolgt auf Grundlage der seitens der BaFin geforderten Nachweise – sofern dem Unternehmen zugänglich – und nach den dort niedergelegten Maßstäben.

Der Bedarf zur fachlichen Weiterbildung wird jährlich anhand der fachlichen Anforderungen gemäß der jeweiligen

Funktionsbeschreibung geprüft. Etwaige Qualifizierungserfordernisse werden durch die Festlegung von Fortbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen adressiert. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden vom Schlüsselfunktionsinhaber bzw. vom Schlüsselfunktionsmitarbeiter in Abstimmung mit seiner Führungskraft dokumentiert.

Die Zuverlässigkeit des Schlüsselfunktionsinhabers und des Schlüsselfunktionsmitarbeiters wird von der zuständigen Führungskraft und dem Bereich Personal dadurch sichergestellt, dass bei besonderen Auffälligkeiten, die Indikatoren gegen seine Zuverlässigkeit sein könnten, unverzüglich eine Neuprüfung der Zuverlässigkeit erfolgt.

Im laufenden Beschäftigungsverhältnis wird die Eignung durch eine jährliche Beurteilung des Mitarbeiters und seine fortlaufende, aufgabenbezogene Qualifizierung gewährleistet.

Des Weiteren fordert der Bereich Personal in einem Turnus von 5 Jahren vom jeweiligen Schlüsselfunktionsinhaber bzw. auch von den Schlüsselfunktionsmitarbeitern eine Prüfung der im Selbstauskunftsbogen vorgenommenen Angaben.

### B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

#### Ziel des Risikomanagements

Unter einem Risikomanagementsystem ist die Gesamtheit der Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Chancen und Risiken im Unternehmen sicherstellt, zu verstehen.

Aus der Risikokultur, der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen werden die Ziele des Risikomanagementsystems abgeleitet und in der Risikostrategie formuliert.

Ziel des Risikomanagements der RVV ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungs-

technischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Dabei werden Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, analysiert und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit auch für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Das Risikomanagement dem Vorstand zugeordnet. Der Gesamtvorstand benennt den Inhaber der Risikomanagementfunktion.

Die Risikomanagementfunktion ist so strukturiert, dass die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich befördert wird. Bei den R+V-Gesellschaften setzt sie sich aus dem Inhaber der Risikomanagementfunktion sowie aus der zentralen (Gesamtrisikomanagement) und den dezentralen Risikomanagementeinheiten (Ressort-Risikomanagement) zusammen, die die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wahrnehmen.

Der Risikomanagementfunktion obliegen folgende Aufgaben:

- die Unterstützung des Vorstands und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems
- die Überwachung des Risikomanagementsystems
- die Überwachung des allgemeinen Risikoprofils des Unternehmens
- die Berichterstattung über wesentliche Risikoexponierungen, das Risikoprofil sowie die Angemessenheit des Risikomanagementsystems und die Beratung des Vorstands in Fragen des Risikomanagements
- die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

	Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung			
--	--	--	--	--

Die Risikomanagementfunktion arbeitet bei der Erstellung der Solvabilitätsübersicht sowie bei der Bewertung von Risiken eng mit der versicherungsmathematischen Funktion zusammen.

### Risikostrategie

Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und umfasst Aussagen zu Art, Umfang und Komplexität der Risiken sowie zur Risikotragfähigkeit und Organisation. Die Risikokommission bereitet die Beschlussfassung des jeweiligen Gesellschaftsvorstands für eine Risikostrategie vor. Eine Beschlussfassung über die Risikostrategie erfolgt jährlich.

Bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie wird das Ergebnis der vorausschauenden Beurteilung der unternehmenseigenen Risiken berücksichtigt. In der Risikostrategie sind Strategien zur Steuerung aller wesentlichen Risiken und deren Auswirkungen auf den Solvenzkapitalbedarf (SCR), den Gesamtsolvabilitätsbedarf (Overall Solvency Needs – nachfolgend OSN), die Eigenmittel sowie Maßnahmen (Kapitalunterlegung und/oder Risikominierungstechniken) entsprechend dem Risikoprofil enthalten.

Die Steuerung basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die RVV und deren Unternehmensbereiche. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die Strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Rahmendaten der DZ BANK vorgenommen.

Die Konzern-Risikostrategie dient als übergreifender Rahmen und Orientierung und bildet eine wesentliche Inputgröße für die risikostrategischen Darstellungen für die RVV. Nach Verabschiedung der Konzern-Risikostrategie durch den Vorstand leiten die Einzelgesellschaften auf Basis der Konzern-Risikostrategie die risikostrategischen Besonderheiten auf Einzelunternehmensebene ab. Hierbei werden für die Einzelgesellschaften die spezifischen Besonderheiten und Merkmale dokumentiert.

### Risikomanagementprozess

Im Folgenden wird der Ablauf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Sol-

vency Assessment, ORSA) dargestellt. Die Begriffe Risikomanagementprozess und ORSA-Prozess sind synonym zu verwenden.

Der ORSA-Prozess ist integraler Bestandteil des Risikomanagements. Die Rahmenbedingungen des Risikomanagementprozesses, das heißt die Risikogrundsätze, die Festlegung der methodischen Grundlagen, die organisatorische Struktur, die Abgrenzung der zu betrachtenden Unternehmensbereiche und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben werden vom Vorstand vorgegeben.

Bezugspunkt der ORSA-Durchführung ist der 31. Dezember eines Geschäftsjahres. Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die RVV ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte.

Der ORSA wird einmal pro Jahr vollständig durchgeführt. Unterjährig wird mindestens zu den Quartalsstichtagen die Risikosituation im Rahmen der Risikokommission analysiert. Die Durchführung des ORSA ist im ersten Halbjahr des darauffolgenden Geschäftsjahres vorgesehen.

Aufgrund der ablauforganisatorischen Regelungen mit einer vierteljährlich stattfindenden Risikokommission ist eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Risikosituation – einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Solvenz – gewährleistet. Darüber hinaus ist der nicht-reguläre ORSA etabliert. Der nicht-reguläre ORSA ist gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung anlassbezogen immer dann durchzuführen, wenn sich das Risikoprofil des Unternehmens wesentlich verändert hat. Hierfür wurden Auslöser definiert. Somit ist die Überwachung der Risikotragfähigkeit jederzeitig gewährleistet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Datenqualität werden durch die Datenqualitätsmanagement-Richtlinie beschrieben. Das Ziel dieser Richtlinie ist es, einheitlich gültige Vorgaben in R+V für die Sicherstellung der Datenqualität zu definieren.

### Risikoidentifikation

Die Identifikation der Risiken ist aufgrund der sich ständig ändernden Verhältnisse und Anforderungen eine kontinu-

ierliche Aufgabe. Sie ist bei R+V in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert. Die Integration fördert das Risikobewusstsein bei den Mitarbeitern und reduziert zugleich den Umsetzungsaufwand. Alle Risiken im Unternehmen sind strukturiert und systematisch unternehmensweit zu definieren und zu erfassen. Die Risikoidentifikation wird einmal jährlich im Rahmen der Risikoinventur durchgeführt.

Ziel der Identifizierung der Risiken ist es, eine vollständige Übersicht über die wesentlichen Risiken im Unternehmen zu erhalten. In einem ersten Schritt erfolgt bei der Risikoinventur eine Identifikation und Dokumentation aller Risiken inklusive Beschreibung der Risikomerkmale. Sämtliche Risiken werden anhand des Wesentlichkeitskonzepts eingeteilt. Die Auflistung, Beschreibung und Einteilung stellt im Ergebnis das Risikoprofil dar.

### **Risikobewertung und -analyse**

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Risiken anhand quantitativer und qualitativer Methoden. Die Risikomessung erfolgt mittels der Standardformel gemäß den Vorgaben von Solvency II. Die Ermittlung der Risikokapitalanforderung beruht auf dem Risikomaß Value-at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5 % über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die Ergebnisse der Risikobewertungen sind zum einen das SCR gemäß der Säule 1 von Solvency II und zum anderen der OSN gemäß den Anforderungen der Säule 2. Diesen Kapitalanforderungen stehen die anrechenbaren ökonomischen Eigenmittel gegenüber.

Die generelle Grundlage zur Bestimmung der Kapitalanforderungen ist eine ökonomische Betrachtung der Finanz- und Risikosituation des Versicherungsunternehmens, die in einem Gesamtbilanzansatz erfolgt.

Im ersten Schritt müssen Versicherungsunternehmen eine Solvabilitätsübersicht aufstellen, welche den ökonomischen Wert aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält. Aus der Differenz dieser Werte ergeben sich die vorhandenen ökonomischen Eigenmittel. Im zweiten Schritt ist auf Basis der Risiken in allen Aktiv- und Passivpositionen (risikobasierter Ansatz) der Kapitalbedarf zu

bestimmen, das SCR. Ausreichende Solvabilität ist gegeben, wenn die ökonomischen Eigenmittel das SCR übersteigen.

Die im Rahmen der Standardformel vorgeschlagene Modellierung und Parametrisierung soll grundsätzlich ein „durchschnittliches“ europäisches Versicherungsunternehmen abbilden. Daher kann es sein, dass die spezifische Risikosituation nicht bzw. nicht angemessen abgebildet wird. Explizites Ziel im Rahmen der Umsetzung der Solvency II-Anforderungen ist die angemessene Abbildung und Bewertung des spezifischen Risikoprofils. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Angemessenheitsprüfung verfolgt das Ziel, die aus der Standardformel abgeleitete Modellierung und Parametrisierung zu überprüfen.

Sofern die aus den Anforderungen an die Standardformel abgeleiteten Bewertungsansätze die spezifische Risikosituation der RVV nicht abbildet, sind für diese Bewertungsansätze interne Weiterentwicklungen erforderlich, um die korrekte interne Sicht auf die Solvabilitätsanforderung zu gewährleisten.

Eine umfassende Validierung der eingesetzten Daten, Modelle, Methoden und Ergebnisse erfolgt jährlich in Abstimmung mit der Angemessenheitsprüfung. Zusätzlich unterliegen alle Berechnungen einer laufenden Validierung, die sich auf die verwendeten Daten und die berechneten Ergebnisse konzentriert.

Die von R+V regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus verschiedenen Stresstestarten zusammen: Makroökonomischer Stresstest und hypothetischer Stresstest.

Um die Beteiligung der Versicherungsnehmer an allen Stresstests angemessen zu berücksichtigen, wird die Veränderung der freien Eigenmittel betrachtet.

Zusätzlich werden neben dem Basisfall definierte Szenarien (z.B. Niedrigzins) über den Planungshorizont projiziert und analysiert.

### **Risikosteuerung**

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftseinheiten zu verstehen. Die Risikosteuerung erfolgt gemäß den in der

	Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung			
--	--	--	--	--

Risikostrategie beschriebenen Verfahren. Die verantwortlichen Geschäftseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dies geschieht unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen bzw. der vereinbarten Schwellenwerte. Die operative Umsetzung erfolgt auch durch die jeweiligen Zeichnungs- und Anlagerichtlinien.

Die Anwendung von Risikominderungstechniken ist Teil der Risikostrategie und ihrer Einzelgesellschaften. Die Leitlinie „Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken“ beinhaltet die zentralen Vorgaben, die Aufbauorganisation sowie die wesentliche Ablauforganisation für den Einsatz von Rückversicherung zu Zwecken der Risikominderung und den Einsatz weiterer Risikominderungstechniken.

Risikominderungstechniken für Kapitalanlagerisiken werden in der Leitlinie „Anlagerisiko“ behandelt.

Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement (siehe auch Kapitel E.1.1), in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt.

Der Produktmanagement-Prozess der R+V beschreibt den Prozess, der bei der Entwicklung, Konzeption und Einführung neuer Versicherungsprodukte einzuhalten ist. Dabei ist ein Bestandteil des Produktmanagement-Prozesses der R+V die Risikobeurteilung neuer Produkte. Für die Einführung neuer Finanzprodukte ist ebenfalls ein expliziter Prozess ("Neue-Produkte-Prozess") festgelegt, bei dem die mit dem neuen Finanzprodukt verbundenen Risiken beurteilt werden.

### Risikoüberwachung

Zur Risikoauslastung wird die SCR- bzw. OSN-Bedeckungsquote der Gesellschaften anhand eines Frühwarnsystems mit „gelben“ und „roten“ Schwellenwerten bewertet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet. Durch Projektion des SCR bzw. OSN und der Eigenmittel der Einzelgesellschaften wird vorausschauend betrachtet, ob die gesetzten Limits im Planungszeitraum eingehalten werden.

### Risikoberichtswesen

Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied sowie an das für das Risikomanagement zuständige Vorstandsmitglied vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien regelmäßig sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Durchführung des ORSA-Prozesses wird für die R+V Gruppe ein „einziges ORSA-Bericht“ verfasst. R+V übermittelt den internen ORSA-Bericht nach Freigabe durch den Vorstand als externen ORSA-Bericht an die BaFin.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des ORSA werden nach Abnahme durch den Vorstand an die Bereichsleiter der R+V und die Mitglieder der Risikokommission übermittelt, die diese im Rahmen der dezentralen Verantwortung an ihre Mitarbeiter weitergeben.

### Inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA

Der Vorstand der R+V betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die R+V ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte. Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement, in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt. Bei R+V findet daher eine inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA statt.

Bestehende Gremien werden genutzt, um die ORSA-Ergebnisse zu hinterfragen. Dies erfolgt u.a. zu einem Großteil im Rahmen der Vorstandsklausuren. Im Rahmen dieser Klausuren und regulärer Vorstandssitzungen werden die Ergebnisse des ORSA diskutiert.

Durch den ORSA wird der Vorstand der R+V in die Lage versetzt, zu beurteilen, wie sich die Risiken der R+V im Kapitalbedarf oder den andernfalls erforderlichen Risikominderungstechniken widerspiegeln. Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem ORSA genehmigt der Vorstand die lang- und kurzfristige Kapitalplanung unter Beachtung der von ihm festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie im Rahmen der Vorstandsklausurtagungen im Frühjahr und Herbst. Dieser Plan umfasst Alternativen, um sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen selbst unter unerwartet ungünstigen Umständen erfüllt werden können.

## B.4 Internes Kontrollsystem

### Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) der R+V ist die Gesamtheit aller organisatorischen und technischen Maßnahmen, Kontrollen und Funktionen, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie alle aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben eingehalten werden. Das IKS soll ebenfalls sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit stehenden Informationen an interne oder externe Adressaten vollständig und zutreffend sind. Das IKS umfasst alle Unternehmensebenen und auch ausgegliederte Bereiche und Prozesse. Das bedeutet, dass die Etablierung und Umsetzung eines IKS sowohl auf übergreifender Unternehmensebene als auch in jeder einzelnen Organisationseinheit Aktivitäten erfordert.

Das IKS stellt konzeptionell ein Element des gesamten integrierten Kontroll- und Steuerungssystems im Sinne des Modells der drei Verteidigungslinien dar, in dem die Zuständigkeiten und Kontrollaktivitäten aller Organisationseinheiten und der Schlüsselfunktionen ineinandergreifen.

Die interne Revision überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten IKS. Dies geschieht durch unabhängige und objektive Prüfung der vorgelagerten Verteidigungslinien.

### Compliance Funktion

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungs-

geschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der RVV wahrgenommen. Die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz ist das zentrale Koordinations- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz findet zudem der Informationsaustausch und die Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen. Der Inhaber der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet.

## B.5 Funktion der internen Revision

Die Revisionsfunktion wird vom Bereich Konzern-Revision wahrgenommen. Dieser Bereich ist eine von den operativen Geschäftsprozessen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion zur Überwachung aller Unternehmensbereiche. Sie ist der Geschäftsleitung unmittelbar unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Der Bereich Konzern-Revision hat zur Wahrung seiner Aufgaben ein uneingeschränktes Informationsrecht. Der Leiter des Bereichs Konzern-Revision ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion interne Revision.

§ 30 VAG verpflichtet Versicherungsunternehmen eine interne Revision einzurichten. Im Rahmen des sogenannten „three-lines-of defence“-Konzepts nimmt die interne Revision ihre Aufgaben auf der dritten Verteidigungslinie wahr. Die übrigen drei Schlüsselfunktionen – die Compliance-Funktion, die Risikomanagement-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion – gehören der zweiten Verteidigungslinie an.



	Versicherungsmathematische Funktion			
--	-------------------------------------	--	--	--

Das Hauptziel der Revisionsfunktion ist, das Unternehmen vor Vermögensverlusten zu schützen. Die Aufgaben sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision werden durch verschiedene deutsche und europäische Normen sowie verschiedenen Prüfungs- und Revisionsstandards vorgegeben. Die Handlungsweisen der Revisionsfunktion orientieren sich zudem an den berufsständischen Standards des Deutschen Instituts für Interne Revision und den „Internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision 2015“ sowie den Practice Advisories des Institute of Internal Auditors.

Die Planung erfolgt risikoorientiert und wird jährlich im Revisionssystem aktualisiert. Sie beinhaltet die Prüfungsbereiche, die eine Kombination der Prüfungsthemen mit allen zu prüfenden Bereichen und Prozessen (Prüfungsuniversum) darstellen. Im Zuge der Planung werden auch Kapazitäten für außerplanmäßige Revisionsprüfungen vorgehalten.

Die Revisionsfunktion erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

FRAUD-Management gewinnt auch in der R+V-Gruppe zunehmend an Bedeutung. Seitens der Konzern-Revision wird das Thema FRAUD-Management seit mehreren Jahren zunehmend stärker koordiniert und im Unternehmen vorangetrieben.

## B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Neben dieser Kontrolltätigkeit nimmt die VMF weitere Aufgaben wahr. Dies umfasst unter anderem eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik

sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und die Unterstützung der Risikomanagementfunktion im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die VMF erstellt einmal pro Jahr einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ihrer Aufgaben, der dem Vorstand vorgelegt wird. Zusätzlich berichtet die VMF bei Bedarf anlassbezogen an den Vorstand.

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Sie verfügt über eigene Mitarbeiter, die nur der verantwortlichen Person für die VMF unterstellt sind und die Aufgaben der Schlüsselfunktion VMF wahrnehmen.

Die VMF ist gleichrangig und gleichberechtigt neben den anderen Schlüsselfunktionen, ohne dass diese gegenseitig weisungsbefugt sind. Um die geforderte Trennung von Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen, wird die VMF jeweils organisatorisch von den für die Berechnung zuständigen Einheiten getrennt.

Die Erarbeitung und Durchsetzung von konzernweiten Vorgaben für die Arbeit der VMF erfolgt im dafür von der Gruppen-VMF geschaffenen VMF-Komitee. Daneben wird unter anderem durch die quartalsweise stattfindenden Gespräche mit der internen Revision und der regelmäßigen Teilnahme der VMF an der Compliance-Konferenz der Austausch der Schlüsselfunktionen gewährleistet.

## B.7 Outsourcing

Das Solvency II-Recht enthält aufsichtsrechtliche Anforderungen für bestimmte Dienstleistungsverträge, mit denen das Unternehmen Tätigkeiten an andere Unternehmen auslagert. Welche Pflichten für den jeweiligen Ausgliederungsvorgang zu erfüllen sind, hängt davon ab, in welche Kategorie der Vertrag einzuordnen ist. Aufsichtsrechtlich relevant sind nur ein Teil der Ausgliederungsvorgänge, also nur Verträge über die Ausgliederung einer „Funktion“ oder „wichtigen Funktion“, einer „Versicherungstätigkeit“ oder „wichtigen Versicherungstätigkeit“ oder einer „Schlüs-

selffunktion“. Für Verträge, die eine Funktion bzw. Versicherungstätigkeit ausgliedern, werden bestimmte Pflichtinhalte in die Ausgliederungsverträge aufgenommen (u.a. Weisungs- und Kontrollrechte des ausgliedernden Unternehmens und der Aufsicht) und die Verträge ins Risikomanagement mit einbezogen. Bei Ausgliederung einer Schlüsselfunktion wird zusätzlich ein Ausgliederungsbeauftragter bestimmt, der den Dienstleister überwacht sowie Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Mitarbeiter des Dienstleisters sichergestellt.

Die interne und externe Ausgliederung von Tätigkeiten bietet Qualitäts- und Kostenvorteile. Dabei zieht die Ausgliederung aber auch verschiedene, ausgliederungsspezifische Risiken nach sich, die identifiziert, analysiert und von einem angemessenen Risikomanagement begleitet werden.

Der Ausgliederungsprozess besteht – sowohl für externe als auch für interne Ausgliederungsvorgänge – aus vier Phasen:

- Prüfungs- und Auswahlphase
- Verhandlung und Vertragsabschluss
- Laufender Vertrag
- Beendigung und Abwicklung

In jeder dieser Phasen sind Vorgaben definiert, die zum großen Teil davon abhängen, wie der Ausgliederungsvertrag aufsichtsrechtlich zu klassifizieren ist.

Für die RVV wurden keine wichtigen Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten extern ausgegliedert.

Folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten der RVV wurden intern an Gesellschaften der R+V-Gruppe ausgegliedert:

- Vermögensanlage inklusive zentraler Gelddisposition/Finanzclearing, Vermögensverwaltung, Finanzplanung
- EDV (Systembetrieb, Systementwicklung, Konzeption und Steuerung)
- Vertriebsunterstützung und strategische Vertriebskoordination, Rechnungswesen

Die Dienstleister sind in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.

## B.8 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## C Risikoprofil

Im Risikoprofil der RVV werden die Risiken erfasst, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Ausgangspunkt ist die Identifikation sämtlicher für das Unternehmen vorhandener Risiken. Alle Risiken werden zunächst anhand qualitativer Kriterien als wesentlich oder nicht wesentlich eingeschätzt.

Anschließend werden die Einschätzungen für die wesentlichen Risiken validiert. Mögliche Ursachen für eine Anpassung der ursprünglich getroffenen Wesentlichkeitseinstufung können sein:

- die Einschätzung des Managements,
- die Höhe der quantitativen Risikobewertung zum Stichtag der Risikoinventur
- die Erwartung einer deutlichen Zunahme des Risikos (z.B. durch ein verändertes Geschäftsmodell oder einen geplanten Ausbau bestimmter Produkte oder Assetklassen) und
- die Ergebnisse der Angemessenheitsprüfung, falls diese eine Korrektur der zuvor getroffenen Einschätzung erforderlich machen.

Die Ergebnisse der Risikoidentifikation und der Wesentlichkeitseinstufung werden im Risikoprofil der Gruppe und der Einzelgesellschaften dargestellt. Das Risikoprofil enthält somit alle wesentlichen und unwesentlichen Risiken.

Die RVV bewertet ihre Risiken zur Messung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mittels der Standardformel (siehe Kapitel E.2). Das Modell folgt einem Value-at-Risk Ansatz über einen einjährigen Horizont zu einem Sicherheitsniveau von 99,5%.

Die regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus zwei verschiedenen Stresstestarten zusammen. Es werden ein makroökonomischer Stresstest und hypothetische Stresstests berechnet. Beim makroökonomischen Stresstest handelt es sich um einen risikoartenübergreifenden Stresstest, in dem mehrere Risikofaktoren und Bewertungsparameter in verschiedenen Risikoarten simultan

verändert werden. Die hypothetischen Stresstests hingegen sind sogenannte risikoartenspezifische Stresstests, in denen jeweils nur ein Risikoparameter verändert wird.

Nachfolgend ist die Risikoexponierung der RVV zum Stichtag gemäß den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen dargestellt:

SCR / MCR	
	IST 2016
	in TEuro
Marktrisiko	2.441.905
Gegenparteausfallrisiko	3.142
Lebensversicherungstechnisches Risiko	15.265
Krankenversicherungstechnisches Risiko	46.679
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	1.973.248
Diversifikation	-965.358
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0
<b>Basissolvenzkapitalanforderung</b>	<b>3.514.882</b>
Operationelles Risiko	76.414
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	0
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-517.788
<b>Solvenzkapitalanforderung</b>	<b>3.073.508</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>768.377</b>

### C.1 Versicherungstechnisches Risiko

#### Risikoexponierung

Die RVV übernimmt im Bereich Schaden-/Unfallversicherung als Rückversicherer Risiken. Aufgrund dieses Geschäftsmodells wurde für die Gesellschaft das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko mit allen Submodulen als wesentlich identifiziert. Da die Submodule Prämien- und Reserverisiko sowie Nichtleben-Katastrophenrisiko als wesentlich eingestuft werden, ist das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko der RVV auch gesamthaft als wesentlich einzustufen. Die wesentlichen versicherungstechnischen Risiken liegen im Portfolio der übernommenen Rückversicherung in den Naturkatastrophen-,

Longtailrisiken (z.B. in den Sparten Kredit-/Kautionsrückversicherung) und darüber hinaus in gravierenden Veränderungen in den Grundtrends der Hauptmärkte.

### Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

NICHTLEBENSVERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO		
Risiken	Beschreibung	Einstufung
<b>Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko</b>	Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	<b>Wesentlich</b>
Prämien- und Reserverisiko	Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Nichtleben	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich
Stornorisiko	Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsraten von Versicherungspolice ergibt.	Nicht wesentlich

#### Prämien- und Reserverisiko

Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Um die zukünftigen Verpflichtungen für bereits im Bestand befindliche Verträge in der Bilanz darzustellen, werden mit Hilfe aktuarieller Verfahren Prämienrückstellungen gebildet.

Die Möglichkeit der zufälligen Schwankung innerhalb des zu Grunde liegenden Portfolios für die Berechnung der Prämienrückstellungen wie auch der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko für einen Rückversicherer, der Risiken aus dem Bereich Schaden-/Unfall übernimmt. Aus diesem Grund wird das Prämien- und Reserverisiko für die RVV als wesentlich eingestuft.

#### Katastrophenrisiko Nichtleben

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenergebnis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig treffen kann.

Die RVV ist aufgrund der Vielfalt der Geschäftssegmente dem Katastrophenrisiko ausgesetzt. Durch den oben beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der dadurch potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko als wesentliches Risiko eingestuft und ist von besonderer Bedeutung. Es umfasst Kumulrisiken, die aus dem Eintritt eines einzelnen Schadenereignisses verbunden mit einer Häufung von Schadenfällen resultieren. Es wird zwischen Naturkatastrophenrisiken, die aus Ereignissen wie z.B. Sturm, Erdbeben oder Überschwemmung resultieren, und Man-made-Risiken unterschieden.

#### Krankenversicherungstechnisches Risiko

Für die RVV wird das Krankenversicherungstechnische Risiko mit allen Submodulen identifiziert. Da die Submodule Krankenversicherungstechnisches Risiko n.A.d. Nichtleben und Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentlich eingestuft werden, ist das Krankenversicherungstechnische Risiko der RVV auch gesamthaft als wesentlich einzustufen.

Versicherungstechnisches Risiko

**KRANKENVERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO**

Risiken	Beschreibung	Einstufung
<b>Krankenversicherungstechnisches Risiko</b>	Das Krankenversicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	<b>Wesentlich</b>
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Leben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Lebensversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Nicht wesentlich
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Schadenversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Krankenversicherung	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Verbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich

**Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben**

Aus dem Risikoteil der oben genannten Sparten resultieren Schäden, die keine anerkannten Rentenfälle sind. Diese ähneln in ihren Eigenschaften Verpflichtungen aus dem Schadenversicherungsgeschäft und sind gleichartigen Risiken ausgesetzt. Für RVV wurde somit das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben identifiziert.

Als Bestandteile sind die folgenden Risiken ausgemacht worden:

- Prämien- und Reserverisiko
- Stornorisiko

Die Möglichkeit der zufälligen Schwankung innerhalb des zu Grunde liegenden Portfolios für die Berechnung der Prämienrückstellungen wie auch der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko für Schaden-/Unfallversicherer. Aus diesem Grund wird das Prämien- und Reserverisiko der RVV als wesentlich eingestuft.

Versicherungsverträge können aufgrund der Ausgestaltung produktspezifischer Vertragsbedingungen zu vertraglich bestimmten Zeitpunkten oder bei Eintreten von gesondert definierten Ereignissen sowohl vom Versicherungsnehmer als auch vom Versicherer storniert werden. Die Ungewissheit besteht darin, dass für die Zukunft keine vollständige Aussage darüber getroffen werden kann, wel-

che Erst- und Rückversicherungsverträge storniert werden. Im Sinne von Solvency II wird das Stornorisiko betrachtet, da der Wegfall von für das Versicherungsunternehmen profitablen Verträgen zu einer Erhöhung der Prämienrückstellungen und damit zu einer Verminderung der Eigenmittel führt.

Das Risikopotential einzelner Verträge geht mit der Vertragslaufzeit einher. Verträge mit einer einjährigen Laufzeit unterliegen nur einem geringen Stornorisiko, insbesondere im Vergleich zu Mehrjahresverträgen. Die zu Grunde liegenden Erstversicherungsverträge haben mehrheitlich eine einjährige Laufzeit. Zudem haben die abgeschlossenen Rückversicherungsverträge selbst eine einjährige Laufzeit und können nur durch Ausübung von Sonderkündigungsrechten vom Zedenten unterjährig storniert werden. Diese Sonderkündigungsrechte werden als vernachlässigbar bewertet. Daher ist das Stornorisiko für die Gesellschaft nicht wesentlich.

Da das Prämien- und Reserverisiko als wesentlich eingestuft wird, wird auch für das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben die Wesentlichkeit bestätigt.

**Katastrophenrisiko Krankenversicherung**

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenergebnis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig treffen kann.

Da die RVV Unfallrisiken als Rückversicherer übernimmt, ist sie dem Katastrophenrisiko im Bereich Krankenversicherung ausgesetzt. Durch den oben beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses und der Art der gezeichneten Rückversicherungsverträge kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen sowohl beim Erstversicherer als auch bei der übernehmenden Gesellschaft immens sein. Aufgrund der potentiellen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentliches Risiko eingestuft.

### Lebensversicherungstechnisches Risiko

Das Lebensversicherungstechnische Risiko wird für die RVV identifiziert und als nicht wesentlich eingestuft. Es wurden das Sterblichkeits-, das Langlebigkeits-, das Invaliditäts- und das Lebensversicherungskostenrisiko für die RVV identifiziert. Da alle Submodule des Lebensversicherungstechnischen Risikos als nicht wesentlich eingestuft werden, ist das Lebensversicherungstechnische Risiko der RVV auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Dem Prämien- und Reserverisiko im übernommenen Rückversicherungsgeschäft begegnet die RVV durch eine kontinuierliche Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Situation und eine Risikosteuerung gemäß strategischer Ausrichtung unter Berücksichtigung einer risikogerechten Tarifierung. Die Risikosteuerung erfolgt durch eine klar strukturierte und ertragsorientierte Zeichnungspolitik. Die Übernahme von Risiken erfolgt innerhalb verbindlicher Zeichnungsrichtlinien und -limite, die die Haftungen sowohl im Einzelschaden- als auch im Kumulschadenbereich begrenzen. Bei der Zeichnung von Risiken berücksichtigt die RVV die ökonomischen Kapitalkosten. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Einhaltung dieser Vorgaben.

Die Zielsetzung der Risikosteuerung ist die Sicherstellung eines breiten Risikoausgleichs über alle Sparten und eine weltweite territoriale Diversifikation. Für die zentrale Steuerung und die Begrenzung der Kumulrisiken aus einzelnen Naturgefahren werden Limite eingesetzt. Ein wichtiges Instrument zur Risikosteuerung ist eine systematische Kumulkontrolle der genehmigten Limite für Naturkatastrophenrisiken. Maßnahmen zur Risikominderung beinhalten

unter anderem die Steuerung des Selbstbehalts und der Retrozession unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und der effektiven Retrozessionskosten. Dabei gelten Mindestanforderungen bezüglich der Bonität der Retrozessionäre. Aufgrund der ausreichenden Eigenmittel- und Reserveausstattung erfolgte für im Fremdgeschäft übernommene Rückversicherung kein Retrozessionseinkauf.

### Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen entstehen durch das Eingehen von einzelnen Risiken oder stark korrelierten Risiken, welche durch ein hohes Schaden- und Ausfallpotenzial gekennzeichnet sind.

Risikokonzentrationen im Bereich der Naturkatastrophen bestehen im betriebenen übernommenen Rückversicherungsgeschäft insbesondere durch das Sturmrisiko in den Regionen Amerika und Europa. Zwischen den verschiedenen Gefahren- / Region-Kombinationen der Rückversicherung ist allerdings keine ausgeprägte Korrelation sichtbar, sodass Diversifikationseffekte auftreten. Auch ist das Rückversicherungsportfolio insgesamt ausgewogen mit weltweiter territorialer Diversifikation von Sparten und Kundengruppen. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der möglichen Risikokonzentrationen aus Naturkatastrophenrisiken im Portfolio.

### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das versicherungstechnische Risiko findet seitens der RVV ein hypothetischer Stress für die Naturkatastrophenschäden statt. Hierbei wird die zufällige Anzahl großer Naturkatastrophenereignisse gestresst. Die Anzahl großer Naturkatastrophenereignisse wird für jede Naturgefahr (Sturm, Hagel, Flut, Erdbeben) angepasst. Um eine angemessene Abbildung des versicherungstechnischen Risikos zu gewährleisten, wird die puffernde Wirkung der Rückversicherung im oben beschriebenen Stressszenario für das Naturgefahrenrisiko adäquat berücksichtigt. Der hypothetische Stresstest wirkt sich auf die Passivseite der Bilanz durch Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen aus, welches in einem Anstieg des Prämien- und Reserverisikos resultiert.

Weiterhin erfolgt eine Stressbetrachtung der erwarteten Inflation in der Schadenabwicklung. Im Prämien- und Reserverisiko sind die Rückstellungen der treibende Input zur

		Marktrisiko		
--	--	-------------	--	--

Berechnung des Risikos. Für den hypothetischen Stress-test der Versicherungstechnik wird bei der Schadenerwartung eine zusätzliche Schadeninflation von 100 Basispunkten pro Jahr angenommen.

Für beide Stresstests ergeben sich keine wesentliche Änderung der Bedeckung, sodass die Risikotragfähigkeit der RVV auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist.

## C.2 Marktrisiko

### Risikoexponierung

MARKTRISIKO			
Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II- Modulen	Einstufung
<b>Marktrisiko</b>	Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt zudem die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.		<b>Wesentlich</b>
Zinsrisiko	Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.	Zinsrisiko	Wesentlich
Aktienrisiko	Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.	Aktienrisiko	Wesentlich
Immobilienrisiko	Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.	Immobilienrisiko	Nicht wesentlich
Spreadrisiko	Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Dabei setzt sich dieser Spread im Allgemeinen aus verschiedenen Komponenten zusammen (z.B. Prämien für potentielle Ausfälle, steuerliche Aspekte und eingeschränkte Liquidität/Fungibilität).	Spreadrisiko	Wesentlich
Währungsrisiko	Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.	Währungsrisiko	Wesentlich
Beteiligungsrisiko	Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko, dass sich aus Wertveränderungen des Beteiligungsportfolios ergibt.	Aktienrisiko	Wesentlich

Als Konzernmuttergesellschaft hält die RVV einen hohen Anteil an strategischen Beteiligungen des Konzerns. Auf diese Assetklasse entfällt der weit überwiegende Teil der Kapitalanlagen der RVV.

Die Anlagepolitik der Gesellschaft trägt durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Dies führt in der Folge dazu, dass bei der RVV alle im Marktrisiko auftretenden Subrisiken vorhanden sind. Einen besonderen Anlageschwerpunkt bilden Kapitalanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Für die Gesellschaft spielt das Zinsrisiko trotz der hohen Investitionen in Zinstitel im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle. Da ein anhaltendes Zinstief und enge Credit-Spreads die R+V vor zusätzliche Herausforderungen stellen können, wird dieses Risiko für die RVV trotzdem als besonders wesentlich eingestuft.

Bei der RVV werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen.

Bei der RVV bestehen neben Kapitalanlagen in Fremdwährungen auch Verbindlichkeiten in Fremdwährungen. Die Bestände der Rückversicherung werden nahezu vollständig währungskongruent bedeckt.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der RVV durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die RVV Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die RVV nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die RVV grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der RVV dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Näheres zu dem in diesem Zusammenhang anzuwendenden Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht ist sowohl Kapitel B als auch Kapitel D zu entnehmen.

Bei R+V werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen

eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

### Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Krisensituationen.

Nach § 124 VAG müssen Versicherungsunternehmen ihre gesamten Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegen. Zu den gesetzlichen Anforderungen dieses Grundsatzes gehört auch:

- Anlagen sind in angemessener Weise so zu mischen und zu streuen, dass eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert oder Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe oder einem geografischen Raum und eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio als Ganzem vermieden werden und
- Vermögensanlagen bei demselben Emittenten oder bei Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen nicht zu einer übermäßigen Risikokonzentration führen.

Die R+V hat diese Anforderungen aus dem VAG weiter konkretisiert in ihrer Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko. Dort sind insbesondere die quantitativen Beschränkungen zur Mischung sowie die schuldnerbezogenen Beschränkungen zur Streuung festgelegt.

Im Sinne einer weiteren Detaillierung werden die Grundsätze aus der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko durch spezielle Richtlinien ergänzt, die Vorgaben und Bestimmungen zu einzelnen Anlageklassen beinhalten. Im Rahmen dieser speziellen Richtlinien sind weitere spezifische quantitative und schuldnerbezogene Beschränkungen für die jeweilige Anlageform definiert.

Die Umsetzung dieser Normen bei Kapitalanlagen führt dazu, dass das Versicherungsunternehmen eine weitgehende Diversifizierung der Anlagerisiken beachtet und Risikokonzentrationen weitgehend vermieden werden.



### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Marktrisiko werden seitens der RVV diverse hypothetische Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen eines Stresses einer einzelnen Risikoart auf das Risikoprofil der RVV zu analysieren. Diese hypothetischen Stresstests für das Marktrisiko umfassen dabei die Subrisikokategorien Zinsrisiko, Spreadrisiko, sowie Aktienrisiko.

Im Hinblick auf das Zinsrisiko wird ein vorrangig kurzfristiger Zinsanstieg simuliert. Für das Spreadrisiko erfolgt eine Simulation eines Anstiegs der Creditspreads in den Segmenten Bank und Corporate. Der Creditspread-Stresstest ist dabei als rein aktivseitiger Stresstests konzipiert. Alle übrigen wesentlichen Risikoparameter wie Zinskurven, Aktienkurse, Wechselkurse und die Zinsvolatilität bleiben in

diesem Stresstest unverändert. Im Ergebnis führen die gestiegenen Creditspreads zu einem Marktwertrückgang der Kapitalanlagen in Höhe von ca. 1.043.944 TEuro. Das Aktienrisiko wird durch einen weltweiten Aktienkursrückgang um 30% gestresst. Durch den simulierten Schock am Aktienmarkt sinken die Marktwerte der Aktien, Fonds und Beteiligungen deutlich, so dass sich der Marktwert der Kapitalanlagen im Ergebnis um ca. 781.565 TEuro reduziert.

Bei allen Stresstests zeigt die RVV keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit. Die Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung wird auch unter Berücksichtigung der unterstellten Stressszenarien ausreichend sichergestellt.

## C.3 Kreditrisiko

### Risikoexponierung

KREDITRISIKO			
Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II-Modulen	Einstufung
<b>Kreditrisiko</b>	Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten und Rückversicherungsunternehmen) sowie aus der Migration der Bonität dieser Adressen.		<b>Wesentlich</b>
<b>Ausfallrisiko</b>	Beim Ausfallrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien entstehen. Darunter fallen:		Wesentlich
- Kreditnehmer	- Kreditnehmer (Zinszahlungen und Forderungen),	Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
- Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine o.ä.),	Spreadrisiko	Wesentlich
- Aktien	- Kontrahenten (ggf. positive Marktwerte von Derivaten) oder	Aktienrisiko	Wesentlich
- Kontrahenten	- Rückversicherungsunternehmen (Absicherung von Verbindlichkeiten)	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
- Rückversicherungsunternehmen		Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
<b>Migrationsrisiko</b>	Das Migrationsrisiko bildet die Gefahr von Wertverlusten ab, die durch eine Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Ratingmigration) eines		Wesentlich
- Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Genussscheine o.ä.), oder	Spreadrisiko	Wesentlich
- Kontrahenten	- Kontrahenten (CVA-Risiko) entstehen. CVA (Credit Valuation Adjustment) stellt hierbei die Wertanpassung von außerbörslich gehandelten Derivaten für erwartete Verluste aus dem Ausfall einer Gegenpartei dar.	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
<b>Verwertungsrisiko</b>	Das Verwertungsrisiko resultiert sowohl aus der Unsicherheit über die Verwertungsquote vorhandener Sicherheiten als auch aus der Unsicherheit über die Einbringungsquote (Recovery Rate) nach dem Ausfall von Gegenparteien.		Wesentlich
- Kreditnehmer		Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
- Emittenten		Spreadrisiko	Wesentlich

Kreditrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten bzw.

Schuldern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage

der Gesellschaft weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen Öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Trotzdem sind aufgrund des hohen Anteils der festverzinslichen Wertpapiere am Gesamtbestand die damit verbundenen Risiken als wesentlich einzustufen.

Die RVV sichert das Portfolio in verschiedenen Sparten aus dem Bereich Schaden/Unfall durch Retrozessionsverträge ab. Trotz spartenspezifischer Anforderungen an die Ratings der Gegenparteien sowie einer breiten Diversifikation des Risikos kann der Ausfall einer Gegenpartei nachhaltig negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Gesellschaft nach sich ziehen, weshalb das Risiko aus Sicht der Gesellschaft als wesentlich eingeschätzt wird.

#### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen aus dem übernommenen und abgegebenen Rückversicherungsgeschäft wird durch die ständige Überwachung der Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Die RVV vergibt keine Hypothekendarlehen und hat auch keine dieser Darlehen im Bestand.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die RVV zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Für das Gegenparteiausfallrisiko sind aktuell keine besonderen Risikotreiber vorhanden, da bei Abschluss der Geschäfte die Bonität der Kontrahenten in angemessener Form berücksichtigt und im Zeitablauf überwacht wird. Zudem ist diese Risikokategorie auch aus materiellen Gesichtspunkten für die RVV von nachrangiger Bedeutung.

#### Risikokonzentrationen

Zum Umgang mit Risikokonzentrationen wird auf die Ausführungen zu Risikokonzentrationen innerhalb des Marktrisikos verwiesen.

#### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Gegenparteiausfallrisiko der RVV ist lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei ein Risikofaktor. Im Gegenparteiausfallrisiko werden jedoch nur OTC Derivate (im Wesentlichen Devisentermingeschäfte und Swaps) betrachtet, deren Bestand aufgrund ihres geringen Volumens als immateriell eingestuft wird. Aus diesem Grund erfolgen keine Stresstests für das Gegenparteiausfallrisiko der RVV.

Stresstests für das Spreadrisiko, welches gemäß der internen Risikokategorisierung der RVV und der Standardformel unter dem Marktrisiko geführt wird, sind entsprechend unter dem Marktrisiko in Kapitel C.2 beschrieben.

## C.4 Liquiditätsrisiko

Für eine Versicherung bedeutet Liquiditätsrisiko, dass das Unternehmen nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das grundsätzliche Risiko von Marktwertverlusten wird jedoch bereits in den Modulen Zins-, Spread- und Aktienrisiko berücksichtigt und quantifiziert. Die mangelnde Fungibilität wird im Spreadrisiko durch entsprechende Aufschläge berücksichtigt und quantifiziert. Eine zusätzliche Kapitalunterlegung ist nicht erforderlich.

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, wird die Liquidität der R+V zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung

		Operationelles Risiko		
--	--	-----------------------	--	--

## C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird für die RVV als wesentlich eingestuft.

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Das operationelle Risiko umfasst auch Compliance- und Rechtsrisiken jenseits der versicherungstechnischen Risiken, die über andere Risikokategorien einfließen.

Für das operationelle Risiko werden für alle Ressorts Szenarien und „weitere operationelle Risiken“ identifiziert. Zur Plausibilisierung der Szenarien werden diesen Risikoindikatoren zugeordnet. Die Überprüfung der Szenarien und der „weiteren operationellen Risiken“ findet jährlich statt.

## C.6 Andere wesentliche Risiken

### Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst die Gefahr, dass seitens einer ausländischen Regierung Restriktionen erlassen werden, die den Transfer von Finanzmitteln von Schuldern dieses Landes an ausländische Gläubiger untersagen. Für die RVV ist dieses Risiko aufgrund von Investitionen außerhalb Deutschlands und auch aufgrund der Höhe der Investments als wesentlich einzustufen. Das Länderrisiko bezieht sich jedoch nicht auf eine Migration oder einen Ausfall des betreffenden Landes und der emittierten Verpflichtungen, da diese Risiken bereits im Kreditrisiko berücksichtigt werden.

### Modellrisiko

Zur Marktrisiko- und Kreditrisikomessung werden verschiedene Modelle eingesetzt. Durch den Einsatz dieser Modelle entsteht ein Risiko bezüglich der angemessenen Auswahl und Spezifikation (z.B. Unwägbarkeiten in der Parametrisierung). Aufgrund der Identifikation dieses Risikos in verschiedenen Modulen der Standardformel und der hohen Relevanz der Kapitalanlagerisiken wird das Modellrisiko für die RVV als wesentlich eingeschätzt.

### Strategisches Risiko

Das strategische Risiko wird für die RVV als wesentlich eingestuft. Dabei wurden bei der RVV verschiedene Risikoausprägungen identifiziert.

Beispielsweise können gravierende Veränderungen der Grundtrends in den Hauptmärkten (Softmarktrisiko) wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

Weiterhin werden für die Retrozession sowohl das Risiko, dass eine bewusste Entscheidung für oder gegen ein Rückversicherungsprogramm und dessen Ausgestaltung auf Grundlage der Annahmen zum Zeitpunkt der Entscheidung ex post zu einem unerwarteten Ergebnis führen als auch das Risiko, dass die Platzierung der Risiken bei Rückversicherern nicht oder nur in unzureichender Form möglich ist, identifiziert.

### Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko wird für die RVV als wesentlich eingestuft. Es ist wesentlich, da es für die Gesellschaft existenziell notwendig ist, sich einen guten Ruf gegenüber Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern, Aktionären, Öffentlichkeit, Ratingagenturen und Aufsicht zu bewahren und damit weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Vor dem Hintergrund des durch neue Medien veränderten Kommunikationsverhaltens und der dadurch erhöhten Verbreitungsgeschwindigkeit von schlechten Unternehmensnachrichten, hat dieses Risiko stark an Bedeutung gewonnen.

## C.7 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Ziel ist das Aufstellen einer Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) im Sinne der Vorgaben von Solvency II (vergleiche §§ 74 bis 88 VAG). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten.

In Bezug auf die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gilt nach § 74 VAG:

- Der beizulegende Zeitwert entspricht für Vermögenswerte dem Betrag, zu dem die Vermögenswerte zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- Der beizulegende Zeitwert entspricht für Verbindlichkeiten dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, verlässliche und beobachtbare Marktpreise anzusetzen, das heißt eine „mark to market“ Bewertung vorzunehmen. Ist dies nicht möglich, so werden andere ökonomische Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen verwendet („mark to model“).

Für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die weder zu den versicherungstechnischen Rückstellungen, noch zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen gehören, gilt weiterhin:

- Ansatz und Bewertung erfolgen nach International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern Konformität zu § 74 VAG nachweisbar ist.
- Ist die Bewertung nach IFRS temporär beziehungsweise permanent nicht konsistent, so ist eine alternative, zu § 74 VAG konsistente Bewertungsmethode anzuwenden.
- Einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind separat zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, also jeweils mit dem Going-Concern-Ansatz.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist seitens der Rechtsgrundlagen von Solvency II eine dreistufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Level 1 sieht eine Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu Marktpreisen vor, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten notiert sind. Sofern kein Handel an aktiven Märkten stattfindet, erfolgt eine Bewertung zu Marktpreisen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert sind (Level 2). Hierbei sind Korrekturen für preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt zu berücksichtigen. Fehlen auch Marktpreise vergleichbarer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, so sind in Level 3 der Bewertungshierarchie alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen, um die beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu bestimmen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden ebenfalls gemäß Solvency II ökonomisch bewertet. Anstelle des Vorsichtsprinzips der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungsverpflichtungen vom Übernehmer gezahlt würde.

Die Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistheoretische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben eine quantitative und qualitative Beschreibung der zugrundeliegenden Bewertungsmethoden sowie Ergebnisse der Solvabilitätsüber-

sicht der RVV einschließlich der wesentlichen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung zum Stichtag. Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der Solvency II Bilanzstruktur.

## D.1 Vermögenswerte

### Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Position kann entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, Lizenzen an solchen Rechten und Werten sowie geleistete Anzahlungen umfassen. Unter Solvency II können immaterielle Vermögensgegenstände gemäß IAS 38 aktiviert werden, sofern der Vermögensgegenstand einzeln veräußert werden kann und das Versicherungsunternehmen nachweisen kann, dass für identische oder ähnliche Vermögensgegenstände ein abgeleiteter Wert vorliegt. Andernfalls sind sie mit Null anzusetzen. Zum Stichtag werden in der Solvabilitätsübersicht keine immateriellen Vermögenswerte angesetzt, da diese nicht einzeln veräußert werden können.

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände in der HGB-Bilanz erfolgt zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Von der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 HGB wird abgesehen. Im Ergebnis ergibt sich daraus der in der Tabelle dargestellte Unterschied im Wertansatz zwischen der Bilanz und der Solvabilitätsübersicht.

### Latente Steueransprüche

Latente Steuern werden gemäß Solvency II für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bei denen der Wertansatz in der Steuerbilanz von dem in der Solvabilitätsübersicht abweicht.

Das Konzept der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht folgt den Regelungen der IFRS gemäß IAS 12.

Aktive latente Steuern sind zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht niedriger oder Passivposten höher anzusetzen sind als in der Steuerbilanz und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Entsprechend sind passive latente Steuern zu bilanzieren, wenn

Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht höher oder Passivposten niedriger anzusetzen sind als in der Steuerbilanz.

Für die konkrete Berechnung wird bilanzpostenweise die Differenz aus den Steuerbilanzwerten und den korrespondierenden Solvency II-Werten gebildet. Die resultierenden Bewertungsunterschiede werden mit dem individuellen Unternehmenssteuersatz der RVV multipliziert, wobei steuerliche Spezialregelungen zur Anwendung kommen. Am Stichtag bereits beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Abhängig davon, ob sich für einen Wertunterschied latente Steueransprüche oder latente Steuerschulden ergeben, wird dieser dem Bilanzposten „latente Steueransprüche“ oder „latente Steuerschulden“ zugeordnet. Latente Steueransprüche werden maximal in Höhe der latenten Steuerschulden aktiviert, da Ansprüche bis zu dieser Höhe als werthaltig angesehen werden. Sofern erforderlich, werden weitere Analysen zur Werthaltigkeit der latenten Steueransprüche vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer wurde u.a. die Werthaltigkeitsanalyse aktiver latenter Steuern überprüft.

Ab 2012 besteht zwischen der RVV und der DZ BANK AG eine ertragsteuerliche Organschaft. Da sich die ertragsteuerlichen Konsequenzen aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Bilanzierung beim Organträger ergeben, werden die bei RVV zum 31. Dezember 2016 bestehenden Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz im Rahmen der Bildung von latenten Steuern bei der DZ BANK AG berücksichtigt. Bei der RVV erfolgte daher in der Handelsbilanz kein Ausweis latenter Steuern.

### Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf

In der Solvabilitätsübersicht wird unter diesem Posten bei der RVV die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II- Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Geschäfts- oder Firmenwert	-	0
Abgegrenzte Abschlusskosten	-	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	6
Latente Steueransprüche	115.223	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	0	0
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	339	339
<b>Summe</b>	<b>115.562</b>	<b>345</b>

### Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Alle Kapitalanlagen außer Grundstücke und Gebäude sowie Beteiligungen zählen zu den finanziellen Vermögenswerten, die gemäß Solvency II zum Marktwert bewertet werden. Die Zuordnung der Anlagen zu den Kategorien nach Solvency II weicht ggf. von den Eingruppierungen nach HGB ab. Prinzipiell ist eine Deckungsgleichheit der Anlagen nach Solvency II und HGB gewährleistet.

Grundsätzlich werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend der zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preise bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Solvabilitätsübersicht offengelegten beizulegenden Zeitwerte entsprechen weitgehend den Zeitwerten, die im Anhang des Geschäftsberichtes gemäß den Vorschriften § 54 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) veröffentlicht werden.

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen im Hinblick auf die Bewertungsmethode und die geforderte Gliederung.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 HGB.

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu beizulegenden Werten bewertet, wobei die historischen Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, die jeweilige Obergrenze bei der

Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Abs. 3 und 4 HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden auf die Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den Anlagearten, deren Bewertungsmethoden sowie zu weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden nachfolgend gegeben:

### Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Diese Position beinhaltet fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude, welche unter Solvency II zum Zeitwert gemäß IAS 40 bewertet werden. Hiernach werden die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie den Vereinbarungen der abgeschlossenen Verträge ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem unter Berücksichtigung aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie regionaler beziehungsweise überregionaler Vergleichspreise.

Unter HGB werden Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

### Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen“ umfasst alle Anteile an Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen der RVV kommen im Wesentlichen die folgenden Bewertungsv erfahren zum Einsatz:

- Fortgeführte Anschaffungskosten
- Verkehrswert
- Ertragswert

Da keine Marktpreisnotierungen für Beteiligungen an Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorliegen, werden unter Solvency II die Beteiligungen nach der angepassten Equity-Methode bewertet. Es handelt sich dabei um ein in Art. 13 DVO definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Der Wertansatz entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens. Ein dabei vorhandener Überschuss wird mit dem Anteil an der Beteiligung als Zeitwert angesetzt.

Die Tochterunternehmen der R+V Versicherung AG, die R+V KOMPOSIT Holding GmbH und die R+V Personen Holding GmbH, bündeln die inländischen Beteiligungen an den Tochtergesellschaften der Geschäftsbereiche Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft und Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft.

Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH ist mittelbar beziehungsweise unmittelbar an folgenden inländischen Schaden- und Unfallversicherungsgesellschaften beteiligt:

- R+V Allgemeine Versicherung AG
- R+V Direktversicherung AG
- KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft
- KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft
- Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die R+V Personen Holding GmbH hält mittelbar beziehungsweise unmittelbar Anteile an den inländischen Lebens- und Krankenversicherungsgesellschaften sowie Pensionsfonds und Pensionskassen des R+V Konzerns:

- R+V Lebensversicherung AG
- R+V Pensionsfonds AG
- R+V Pensionskasse AG
- R+V Krankenversicherung AG
- CHEMIE Pensionsfonds AG
- Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Darüber hinaus hält R+V unter anderem Anteile an folgenden verbundenen Unternehmen im Ausland:

- R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A.,
- Assimoco S. p. A.
- Assimoco Vita S. p. A.
- Finassimoco S. p. A.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach HGB zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

### Staats- und Unternehmensanleihen

Hierunter fallen durch öffentliche Stellen (Zentralstaaten / Bundesstaaten, supranationale staatliche Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen) sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgen nach Solvency II mit dem jeweiligen Marktwert. Dieser ergibt sich für börsennotierte Wertpapiere durch Börsenkurse oder Rücknahmepreise. Für Rententitel ohne regelmäßige Kursversorgung erfolgt die Ermittlung grundsätzlich anhand der Discounted-Cashflow-Methode.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit dem fortgeführten Anschaffungswert, oder bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

### Strukturierte Schuldtitel

Bei einem strukturierten Produkt wird ein derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Unter Solvency II erfolgt keine Zerlegung dieser Schuldtitel. Die Position „Strukturierte Schuldtitel“ wird im Wesentlichen mit einem Libor-Market-Modell bewertet.

Unter HGB werden bei R+V Finanzderivate und Strukturierte Schuldtitel in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt. Die

derivativen Bestandteile werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Ergibt sich ein negativer Marktwert für die derivativen Anteile, erfolgt nach HGB die Bildung einer Drohverlustrückstellung.

### Investmentfonds

Unter der Position „Investmentfonds“ (laut offizieller EIOPA-Übersetzung: „Organismen für gemeinsame Anlagen“) werden alle Investitionen bei Unternehmen, deren alleiniger Zweck in gemeinsamen Anlagen in übertragbare Wertpapiere und / oder andere Kapitalanlagen liegt, ausgewiesen. Investmentfonds umfassen unter anderem Aktienfonds, Rentenfonds, Mischfonds, Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds sowie Sonstige Fonds. Die RVV hält Aktien-, Renten-, Immobilien- sowie Mischfonds.

Als beizulegender Zeitwert für Anteile an Investmentfonds nach Solvency II werden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte inkl. Fonds-Kasse zum Bilanzstichtag verwendet.

Sofern die Investmentanteile gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden diese gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB auf den Marktwert abgeschrieben.

### Derivate

Nach Solvency II werden unter der Bilanzposition „Derivate“ auf der Aktivseite die aktuell positiven Marktpreise aller Derivate zusammengefasst. Insbesondere die Zahlungsströme von Swaps werden unter Solvency II getrennt nach Mittelzuflüssen und -abflüssen dargestellt. Die Derivate mit aktuell negativem Marktwert werden als Gegenposition auf der Passivseite dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu wird bei börsengehandelten Finanzinstrumenten der Börsenwert herangezogen. Bei nicht börsengehandelten Finanzinstrumenten werden die Zeitwerte mittels anerkannter kapitalwertorientierter Verfahren ermittelt, in die im Wesentlichen am Markt beobachtbare, laufzeitadäquate Zinssätze, Bonitäts- und Liquiditätszuschläge als Bewertungsparameter einfließen. Anderenfalls werden sonstige anerkannte Bewertungsverfahren zugrunde gelegt.

Zins-Swaps werden anhand der Discounted-Cashflow-Methode berechnet, der Bewertungsparameter ist hier die Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurve sowie gegebenenfalls Devisenkassakurse.

Vorkäufe werden auf Valuta berechnet, Bewertungsparameter sind Swap- und Geldmarktkurven. Aktien-/Indexbezogene Optionen werden mit dem Local-Volatility-Modell mit konstantem

Forward-Skew mittels Monte-Carlo-Simulation bewertet, die Bewertungsparameter sind Aktien- beziehungsweise Indekurse, implizite Volatilität, Euro-Einlagenzinssätze. Devisentermingeschäfte werden mit dem Delta von Termin- und Kassakurs per Valuta bewertet.

Im Unterschied zu den bilanziellen Richtlinien von Solvency II ist eine gesonderte Bilanzierung von Derivaten mit positiven Marktwerten im Rahmen der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen.

### Einlagen außer Zahlungsäquivalente

Diese Bilanzposition umfasst alle Einlagen außer übertragbaren Einlagen. Dies bedeutet, dass sie zu keinem Zeitpunkt für Zahlungsvorgänge genutzt werden können und dass es nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich ist, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen. Kassen- oder Geldbestände außerhalb der Kapitalanlage werden in der Bilanzposition „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ ausgewiesen. Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt aufgrund des kurzfristigen Charakters mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen.

	Solvency II-Wert in TEuro	HGB-Wert in TEuro
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	8.868	3.527
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	9.959.154	2.513.052
Aktien	0	0
davon Aktien - notiert	0	0
davon Aktien - nicht notiert	0	0
Anleihen	3.135.971	2.812.822
davon Staatsanleihen	1.544.453	1.425.106
davon Unternehmensanleihen	1.365.096	1.186.293
davon Strukturierte Schuldtitel	226.422	201.423
davon Besicherte Wertpapiere	0	0
Investmentfonds	630.936	595.440
Derivate	30.539	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	293.079	292.667
Sonstige Anlagen	0	0
<b>Summe</b>	<b>14.058.547</b>	<b>6.217.507</b>



### Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Diese Position entspricht dem Anteil der Rückversicherer am besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen und ist eng mit der Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen verknüpft. Eine detaillierte Beschreibung dieser Bilanzposition folgt in der Solvabilitätsübersicht zusammen mit dem Vergleich der Bilanzierung gemäß HGB in Abschnitt D.2.3.

### Depotforderungen

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Hierunter fallen ausschließlich Bardepots. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz. Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Forderungen gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Hierunter fallen ausschließlich Bardepots. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position grundsätzlich nach den Regelungen der IFRS.

Abweichend zu IFRS sowie HGB werden in dieser Position die sonstigen Forderungen aus abgegrenzten Mieten und Zinsen nicht gezeigt. Unter Solvency II sind diese in den Marktwerten der Kapitalanlagen enthalten und können dort nicht separiert werden.

Weiterhin resultiert der Unterschied zur HGB-Bilanz aus der Bilanzierung von Forderungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Nach IFRS (IAS 19) wird unter Solvency II auf der Aktivseite der Erstattungsanspruch aus Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Dieser umfasst Rückdeckungsversicherungen, Forderungen gegenüber Pensionsfonds und Forderungen gegenüber der Unterstützungskasse GmbH.

Im Vergleich dazu werden unter HGB auf der Aktivseite lediglich Rückdeckungsversicherungen und Forderungen an Pensionsfonds (gezahlte Einmalbeiträge für Auslagerungen in früheren Geschäftsjahren) ausgewiesen.

### Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position nach den Regelungen der IFRS, das heißt, es werden sogenannte Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Sinne der in IAS 7 für die Zahlungsstrom-Rechnung gegebenen Definition erfasst und die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Grundsätzlich werden unter diesem Posten Bankguthaben ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Unter dieser Position werden alle sonstigen, nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte bilanziert. Ansatz und Bewertung erfolgen entsprechend dem IFRS-/HGB-Wert.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	0	0
Darlehen und Hypotheken	0	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	18.261	40.548
Nichtlebensversicherungen und n.A.d. Nichtlebensversicherung betriebenen KV	-12.684	9.603
davon Nichtlebensversicherungen	-12.692	9.595
davon n.A.d. Nichtlebensversicherungen betriebene KV	8	8
Lebensversicherungen und n.A.d. LV betriebenen KV	30.945	30.945
davon n.A.d. Lebensversicherung betriebene KV	0	0
davon Lebensversicherungen	30.945	30.945
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	0	0
Depotforderungen	223.643	223.643
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	174.874	174.874
Forderungen gegenüber Rückversicherern	4.208	4.208
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	304.857	336.061
Eigene Aktien	0	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	164.995	164.995
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	298	298
<b>Summe</b>	<b>891.136</b>	<b>944.627</b>

## D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die RVV ist der zentrale Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf. Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Sparten der Nichtlebensversicherung. Dabei übernimmt sie vorwiegend Geschäft von Erstversicherungsgesellschaften kleiner und mittlerer Größe.

Die aktive Zeichnung des Lebensrückversicherungsgeschäftes wurde im Jahr 2004 weitgehend eingestellt. Für das Versicherungsgeschäft der RVV ergeben sich in der Segmentierung nach Solvency II die folgenden Geschäftsbereiche:

### Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung):

- Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- Sonstige Kraftfahrtversicherung
- See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- Feuer- und andere Sachversicherungen
- Allgemeine Haftpflichtversicherung
- Kredit- und Kautionsversicherung

- Rechtsschutzversicherung
- Verschiedene finanzielle Verluste
- Nichtproportionale Unfallrückversicherung
- Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
- Nichtproportionale Sachrückversicherung

### Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung

- Krankheitskostenversicherung
- Einkommensersatzversicherung
- Arbeitsunfallversicherung
- Nichtproportionale Krankenrückversicherung

### Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

- Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- Krankenrückversicherung

### Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung

- Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- Versicherung mit Überschussbeteiligung

## - Lebensrückversicherung

Der Versicherungsbestand der RVV besteht im Wesentlichen aus weltweit betriebenen aktivem Rückversicherungsgeschäft (Fremdgeschäft).

Da der Anteil der versicherungstechnischen Rückstellungen des übernommenen Gruppengeschäfts mit 11,7 % vom Gesamtbestand im Vergleich zum übernommenen Fremdgeschäft gering ist und aus Risikogesichtspunkten ein separater Ausweis aufgrund der Gleichartigkeit des Geschäfts nicht erforderlich ist, wird im Rahmen des Proportionalitätsprinzips das übernommene Gruppengeschäft nachfolgend zusammen mit dem aktiven Rückversicherungsgeschäft ausgewiesen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen für Rentenansprüche aus der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und der allgemeinen Haftpflichtversicherung (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen) werden hierbei aus Proportionalitätsgründen unter dem Nichtlebensversicherungsgeschäft (außer Krankenversicherung) ausgewiesen.

Die Geschäftsbereiche Einkommensersatzversicherung, Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen, die Versicherung mit Überschussbeteiligung sowie die Nichtproportionale Krankenrückversicherung umfassen das Unfallversicherungsgeschäft.

Die Geschäftsbereiche der Krankenversicherung nAd Lebensversicherung sowie die Versicherung mit Überschussbeteiligung werden aus Proportionalitätsgründen im

Geschäftsbereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung ausgewiesen. Im Hinblick auf die Wesentlichkeit dieser Geschäftsbereiche (weniger als 1% der HGB-Rückstellungen der RVV) wird diese Zuordnung als angemessen erachtet.

In der Solvabilitätsübersicht werden für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet (§ 75 Abs. 1 VAG).

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden (§ 75 Abs. 2 VAG). Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken und hat mit diesen konsistent zu sein (Marktkonsistenz). Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus der Summe des Besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351 bis 352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß HGB enthalten ebenfalls die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen.

## VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

	HGB			Solvency II-Wert
	Vt. Rückstellungen	Beste Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	4.065.467	2.456.994	395.004	2.851.998
Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	128.035	80.516	7.015	87.531
Lebensversicherung	71.092	64.142	614	64.756
<b>Summe</b>	<b>4.264.594</b>	<b>2.601.652</b>	<b>402.633</b>	<b>3.004.285</b>

Die Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) trägt mit 2.851.998 TEuro den größten Anteil an den

Gesamtrückstellungen. Die restlichen 5,1% der versicherungstechnischen Rückstellungen verteilen sich zu annä-

hernd gleichen Teilen auf die Geschäftsbereiche Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung (87.531 TEuro, 2,9%) und Lebensversicherung (64.756 TEuro, 2,2%).

### Bester Schätzwert

Der beste Schätzwert ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung und ein wahrscheinlichkeitsgewichteter, diskontierter Durchschnitt aller zukünftigen Ein- und Auszahlungsströme. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungszeitpunkte.

Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden (§ 77 Abs. 3 VAG): Prämienzahlungen und damit im Zusammenhang stehende Zahlungsströme, sämtliche Zahlungen an Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigte (gegebenenfalls einschließlich künftiger Überschussbeteiligungen, unabhängig davon, ob sie vertraglich garantiert werden oder nicht) sowie sämtliche bei der Bedienung der Versicherungsverpflichtungen anfallenden Aufwendungen.

### Bester Schätzwert der Nichtlebensversicherung (außer KV)

Der beste Schätzwert bestimmt zum größeren Teil den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung und setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

- Schadenrückstellungen
- Prämienrückstellungen

Die Schadenrückstellungen sind die Rückstellungen für bereits eingetretene Versicherungsfälle. Die Schadenrückstellungen unter Solvency II bilden das Pendant zur Summe folgender HGB-Bilanzgrößen: Eingetretene bekannte und unbekannte Schäden sowie Regresse, Provenues und Teilungsabkommen.

Unter Prämienrückstellung wird eine Rückstellung für noch nicht eingetretene Schäden und Kosten abzüglich korrespondierender Prämien aus bereits eingegangenen Versicherungsverpflichtungen verstanden. Ähnlichen Charakter wie die Prämienrückstellungen haben die folgenden HGB-Bilanzgrößen: Rückstellungen für Beitragsüberträge, Rückstellungen für unverbrauchte Kfz-Beiträge sowie die Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Rückerstattung.

Es wird nur Geschäft, welches zum Stichtag im Bestand ist, berücksichtigt. Neugeschäft wird nicht berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen (Contract Boundaries) der Verträge werden berücksichtigt.

Nachfolgend sind Methoden und Annahmen für die Kalkulation der Schaden- und Prämienrückstellungen beschrieben.

### Schadenrückstellungen

Die Bewertung der Schadenrückstellung erfolgt mithilfe versicherungsmathematischer Standardmethoden. Es werden die erwarteten Gesamtwerte zu Prämien, Schadenaufwendungen und Kosten geschätzt und auf dieser Grundlage zukünftige Zahlungsströme prognostiziert. Die Schadenrückstellung ergibt sich als diskontierter Barwert dieser zukünftigen Zahlungsströme.

Das Verfahren basiert auf der Annahme, dass der Verlauf der Schadenabwicklung aus der Vergangenheit Rückschlüsse auf die zukünftige Abwicklung zulässt. Ferner wird angenommen, dass die einzelnen Schadenanfalljahre unabhängig voneinander sind. Die Zahlungsströme der Schadenzahlungen werden abschließend mit der risikolosen Zinskurve diskontiert, um den besten Schätzwert der Schadenrückstellungen zu ermitteln.

Dieses Verfahren wird um Expertenschätzungen und Näherungslösungen für zu kleine Teilbestände und besonders exponierten Risiken (z.B. extreme Großschäden) ergänzt. Dazu zählen z.B. für das Fremdgegeschäft Altverträge (Zeichnungsjahr vor 1995) oder Verträge mit divergentem Abwicklungsverhalten.

Schadenrückstellungen für Rückversicherungsverträge aus dem Fremdgegeschäft des Zeichnungsjahres 2016 basieren auf einzelvertraglichen ultimativen Schadensschätzung des Underwriting, da zum Zeitpunkt der Berechnung die Reservemeldungen der Erstversicherer nicht vorliegen, um eine aktuarielle Abwicklung vornehmen zu können.

Die Projektion der Zahlungsströme der Schadenrückstellungen aus dem übernommenen Gruppengeschäft setzt auf Daten für das selbst abgeschlossene Geschäft der jeweiligen Zedenten auf.

### Prämienrückstellungen

Die Bewertung der Prämienrückstellung erfolgt mithilfe versicherungsmathematischer Standardmethoden. Es werden die erwarteten Gesamtwerte zu Prämien, Schadenaufwendungen und Kosten geschätzt und auf dieser Grundlage zukünftige Zahlungsströme prognostiziert. Die

Schadenrückstellung ergibt sich als diskontierter Barwert dieser zukünftigen Zahlungsströme.

Die Prämienrückstellungen werden für die gleichen homogenen Risikogruppen ermittelt wie die Schadenrückstellungen, um eine in sich konsistente Ermittlung der gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen.

Für die RVV ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse. Um einen konsistenten Vergleich der

Positionen sicherzustellen, sind die HGB-Ausweise der Schadenrückstellung analog der Solvency II-Ausweise den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordnet.

Für die RVV ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse. Um einen konsistenten Vergleich der Positionen sicherzustellen, sind die HGB-Ausweise der Schadenrückstellung analog der Solvency II-Ausweise den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordnet.

#### VT. RÜCKSTELLUNGEN -NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KRANKENVERSICHERUNG)

	HGB			Solvency II-Wert	
	Schadenrückstellung	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	506.680	315.648	-25.813	26.391	316.226
Sonstige Kraftfahrtversicherung	35.830	31.783	-2.723	10.747	39.807
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	96.158	74.849	-1.565	14.797	88.081
Feuer- und andere Sachversicherung	568.119	429.217	48.402	67.109	544.728
Allgemeine Haftpflichtversicherung	140.653	105.497	-5.090	9.259	109.667
Kredit- und Kautionsversicherung	285.190	284.636	-22.986	40.786	302.436
Rechtsschutzversicherung	121	147	0	7	154
Beistand	0	4	0	0	4
Verschiedene finanzielle Verluste	267	271	-8	27	291
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	1.060.363	895.686	-7.802	135.401	1.023.285
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	39.111	46.265	53	6.262	52.580
Nichtproportionale Sachrückversicherung	370.479	315.336	-24.812	84.215	374.740
<b>Summe</b>	<b>3.102.970</b>	<b>2.499.339</b>	<b>-42.345</b>	<b>395.004</b>	<b>2.851.998</b>

Die Rückstellungen sind anteilmäßig durch die Geschäftsbereiche Nichtproportionale Unfallrückversicherung, Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und Feuer- und andere Sachversicherungen dominiert. Die Schadenrückstellungen (895.686 TEuro, 315.648 TEuro und 429.217 TEuro) tragen anteilmäßig am meisten zu den Rückstellungen bei. Die Prämienrückstellungen kompensieren zu einem geringeren Teil die Schadenrückstellungen (insgesamt -42.345 TEuro). Im Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherung wirken die Prämienrückstellungen rückstellungserhöhend (48.402 TEuro). Vor allem die Risikomarge der Geschäftsbereiche Nichtproportionale Unfallrückversicherung und Nichtproportionale Sachrückversicherung (135.401 TEuro und 84.215 TEuro) stechen im Vergleich zu allen Geschäftsbereichen hervor,

da diese durch ihren großen Anteil am versicherungstechnischen Risiko getrieben werden.

#### **Beste Schätzwert der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung**

In Bezug auf Grundlagen, Methoden und Annahmen sei auf den Abschnitt „**Beste Schätzwert Nichtlebensversicherung**“ verwiesen.

Für die RVV sind im Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung die Geschäftsbereiche Krankheitskostenversicherung, Einkommensersatzversicherung, Arbeitsunfallversicherung und nichtproportionale Krankenrückversicherung relevant:

**VT. RÜCKSTELLUNGEN -KRANKENVERSICHERUNG (NAD NICHTLEBENSVERSICHERUNG)**

	HGB			Solvency II-Wert	
	Schaden- rückstellung	Schaden- rückstellung	Prämien- rückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Krankheitskostenversicherung	1.007	664	179	34	877
Einkommensersatzversicherung	76.667	56.924	879	4.783	62.586
Arbeitsunfallversicherung	118	101	-2	5	104
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	19.012	21.982	-210	2.193	23.964
<b>Summe</b>	<b>96.804</b>	<b>79.670</b>	<b>846</b>	<b>7.015</b>	<b>87.531</b>

Analog zum Solvency II-Ausweis wurde der Teil der HGB-Rückstellung für die anerkannten Unfallrenten (12.815 TEuro) den Geschäftsbereichen Einkommensersatzversicherung und Nichtproportionale Krankenrückversicherung zugeordnet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen für den Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung werden durch die Schadenrückstellung des Geschäftsbereichs Einkommensersatzversicherung in Höhe von 76.667 TEuro dominiert.

#### Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle nach HGB werden grundsätzlich nach den Aufgaben der Zedenten bilanziert. Sofern keine Aufgaben vorlagen, werden die Rückstellungen geschätzt; maßgebend hierfür sind die vertraglichen Bedingungen und der bisherige Geschäftsverlauf. Bei erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzten Schadenrückstellungen von Zedenten werden angemessene Erhöhungen vorgenommen. Entsprechend wird auch für zukünftig erwartete Schadenbelastungen eine angemessene Vorsorge getroffen. Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen werden nach den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt. Eine Diskontierung erfolgt nicht.

Im Vergleich dazu werden die ökonomischen Schadenrückstellungen (Nichtlebensversicherung: 2.499.339 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 79.670 TEuro) auf homogenen Risikogruppen für das übernommene Gruppen- und Fremdgeschäft als bester Schätzwert ermittelt.

Die Berechnung erfolgt auf Basis schadenversicherungsmathematischer Bewertungsmodelle. Es wird eine beste Schätzung erstellt, welche keine Zuschläge auf Grund von Vorsichtsüberlegungen enthält. Die Abweichung zwischen HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze und die Diskontierung begründet.

Auch aus der unter Solvency II durchzuführenden Diskontierung der zukünftigen Zahlungsströme kann eine solche Wertabweichung resultieren: Negativ-Zinsen in den ersten Jahren führen zu einer Erhöhung des Barwerts in dem Maße, dass die ökonomischen Rückstellungen eines Geschäftsbereiches die HGB-Schadenrückstellung übersteigen.

In der handelsrechtlichen Bilanz wird die Position „Prämienrückstellungen“ (Nichtlebensversicherung: - 42.345 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 846 TEuro) nicht angesetzt.

Schwankungsrückstellungen (Nichtlebensversicherung: 791.013 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 25.523 TEuro) werden unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Unter HGB werden diese als versicherungstechnische Rückstellung ausgewiesen.

In der HGB-Bilanz ist die Position „Risikomarge“ (Nichtlebensversicherung: 395.004 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 7.015 TEuro) nicht vorgesehen. Es gibt keine HGB-Bilanzposition, die einen ähnlichen Charakter wie die Risikomarge aufweist.

			Versicherungstechnische Rückstellungen	
--	--	--	--	--

### VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II - NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KV) UND KV NAD NICHTLEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert in TEuro	Solvency II-Wert in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>4.065.467</b>	<b>2.851.998</b>
Bester Schätzwert		2.456.994
Prämienrückstellungen		-42.345
Schadenrückstellungen	3.102.970	2.499.339
Risikomarge		395.004
Rückstellungen für Beitragsüberträge	166.598	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	4.246	
Schwankungsrückstellung	791.013	
Sonstige vt. Rückstellungen	640	
davon Drohverlustrückstellung	0	
<b>Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)</b>	<b>128.037</b>	<b>87.531</b>
Bester Schätzwert		80.516
Prämienrückstellungen		846
Schadenrückstellungen	96.804	79.670
Risikomarge		7.015
Rückstellungen für Beitragsüberträge	5.696	
Deckungsrückstellung	0	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	0	
Schwankungsrückstellung	25.523	
Sonstige vt. Rückstellungen	14	
davon Drohverlustrückstellung	0	

#### Bester Schätzwert der Lebensversicherung

Der Bestand an Lebensrückversicherungsverträgen unterteilt sich in Gruppen- und Fremdgeschäft.

Für das Gruppengeschäft wird die versicherungstechnische Rückstellung gemäß HGB als Bester Schätzwert unter Solvency II angesetzt. Die Rückstellungen werden unverändert von den Erstversicherungen der R+V übernommen. Aufgrund des auslaufenden Bestandes mit einem

Beitragsvolumen von 7.869 TEuro und versicherungstechnischen Rückstellungen unter HGB von 31.440 TEuro wird für das Fremdgeschäft eine Vereinfachung angewandt. Dabei wird der Bestand in mehrere Kategorien aufgeteilt, die jeweils mit unterschiedlich reduzierten Sterblichkeiten angesetzt werden, um den Unterschied zwischen der tatsächlichen Sterblichkeit und der kalkulierten Sterblichkeit zu berücksichtigen.

#### VT. RÜCKSTELLUNGEN - LEBENSVERSICHERUNG

	HGB			Solvency II-Wert
	Vt. Rückstellungen in TEuro	Bester Schätzwert in TEuro	Risikomarge in TEuro	Summe in TEuro
Lebensrückversicherung	71.092	64.142	614	64.756
<b>Summe</b>	<b>71.092</b>	<b>64.142</b>	<b>614</b>	<b>64.756</b>

#### Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Lebensversicherung)

Die Abweichung zwischen den Rückstellungen nach HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch unterschiedliche Bewertungsansätze begründet.

Die Bewertungsunterschiede ergeben sich aus unterschiedlichen biometrischen Rechnungsgrundlagen. Hinzu kommen gesetzlich vorgeschriebenen Reserven mit besonders hohem Sicherheitsniveau bei auslaufenden Leben-Teilbeständen in den Ländern USA und Kanada.

### VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II - LEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung</b>	<b>71.091</b>	<b>64.756</b>
Bester Schätzwert		64.142
Risikomarge		614
Rückstellungen für Beitragsüberträge	2.054	
Deckungsrückstellungen	58.093	
Rückstellung für noch nicht eingetretene Versicherungsfälle	10.944	
Rückstellungen für Beitragsrück-erstattung	0	

#### Risikomarge

Die Risikomarge stellt sicher, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bei Bestandsübernahme erwartungsgemäß benötigen, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen zu erfüllen.

Für die Ermittlung der Risikomarge wird ein Betrag an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, der der Solvenzkapitalanforderung entspricht, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist. Zur Berücksichtigung der Kapitalbereitstellungskosten wird der ermittelte Kapitalbetrag mit einem Kapitalkostensatz verzinst.

Für die Berechnung der Risikomarge wurde von der Vereinfachung der Methode 2 gemäß Leitlinie 62 der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen Gebrauch gemacht. Dieser liegt die Annahme zugrunde, dass sich die zukünftigen SCR proportional zu den besten Schätzwerten entwickeln. Der Proportionalitätsfaktor entspricht dabei dem Verhältnis des zukünftigen besten Schätzwerts zum gegenwärtigen besten Schätzwert.

Die Zeitreihe der zukünftigen SCR wird mit dem laufzeitabhängigen, risikofreien Zinssatz diskontiert und zum Barwert summiert. Nach dem Kapitalkostenansatz wird der Barwert mit dem regulatorisch vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % multipliziert.

Die Höhen der Risikomargen der Geschäftsbereiche der RVV sind in den Abschnitten zu den „Besten Schätzwerten“ dargestellt.

#### Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter der Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ die Summe der Besten Schätzwerte der Prämien- und Schadenrückstellungen, die aus zedierten Rückversicherungsverträgen resultieren, ausgewiesen.

Im Gegensatz zur HGB-Rechnungslegung, welche die einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung saldiert mit den Schadenrückstellungen auf der Passivseite der Bilanz ausweist, erfolgt der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht auf der Aktivseite der Bilanz.

Gemessen an den versicherungstechnischen Rückstellungen des Bruttogeschäfts ist diese Position von untergeordneter Bedeutung.

#### EINFORDERBARE BETRÄGE AUS RÜCKVERSICHERUNG

	HGB-vt. Rückstellungen	SII-Einford. Beträge
	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	9.595	-12.692
Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	8	8
Lebensversicherung	30.945	30.945
<b>Summe</b>	<b>40.548</b>	<b>18.261</b>

#### Bester Schätzwert der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Modellierung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Basis einer Zahlungsstrom-Projektion mittels aktuarieller Verfahren, getrennt nach dem Anteil der Prämien- und Schadenrückstellung. Das Verfahren zur Berechnung dieser Rückstellungen folgt den Vorgaben der Standardformel (§ 86 VAG) an die Berechnung von Rückversicherungsabgaben. Die aus dem Abrechnungsturnus für Rückversicherungsverträge entstehende zeitliche Differenz zwischen dem Erhalt der Beträge und den Auszahlungen an die Anspruchsteller wird berücksichtigt (§ 86 (2) VAG). Die Zahlungsströme werden um den aufgrund von Bonitätseinschätzungen erwarteten Ausfall der jeweiligen Gegenparteien angepasst (§ 86 (3) VAG).

Da mathematisch-statistische Analysen im verlässlichen Rahmen nicht auf Basis der historischen Rückversicherungsschadendreiecke möglich sind, setzt die Projektion der Zahlungsströme der Prämien- und Schadenrückstellungen aus dem Fremdgeschäft auf den Brutto-Schaden-



			versicherungstechnische Rückstellungen	
--	--	--	--	--

dreiecken auf. Dabei werden die Zahlungsströme des retrozedierten Geschäfts aus Fremdgeschäft-Schadenzahlungsmustern der gleichen Geschäftsart berechnet. Die Überleitung erfolgt anhand der HGB-Schadenrückstellung, d.h. dass das Verhältnis der Brutto- zu Netto-HGB Schadenrückstellung auf die Brutto-Rückstellungen nach Solvency II angewendet wird.

Da das Fremdgeschäft nur eine sehr geringe Entlastung aus Retrozession hat, entfällt aus Proportionalitätsgründen eine Anpassung um den erwarteten Ausfall von Forderungen aus Retrozession.

Für das Gruppengeschäft wird nach denselben Grundsätzen wie für versicherungstechnische Rückstellungen des

Bruttogeschäfts der jeweiligen Zedenten nur das sich zum Stichtag im Bestand befindliche Geschäft berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen werden berücksichtigt.

Die Projektion der Zahlungsströme der Prämien- und Schadenrückstellungen aus dem Gruppengeschäft setzt auf Daten für das selbstabgeschlossene Geschäft der jeweiligen Zedenten auf.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2016 für das Nichtlebensversicherungsgeschäft der RVV dargestellt:

#### EINFORDERBARE BETRÄGE AUS RV - NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KRANKENVERSICHERUNG)

	HGB			Solvency II-Wert
	Vt. Rückstellungen in TEuro	Schadenrückstellung in TEuro	Prämienrückstellung in TEuro	Summe in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	35	33	-1.100	-1.067
Sonstige Kraftfahrtversicherung	0	0	-2.830	-2.830
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	4	3	0	3
Feuer- und andere Sachversicherung	6.086	8.337	-1.535	6.802
Allgemeine Haftpflichtversicherung	247	225	0	225
Kredit- und Kautionsversicherung	1.294	1.297	-10	1.287
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	236	297	-906	-609
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	1.920	1.019	0	1.019
Nichtproportionale Sachrückversicherung	23	23	-17.544	-17.521
<b>Summe</b>	<b>9.845</b>	<b>11.234</b>	<b>-23.925</b>	<b>-12.691</b>

Der HGB-Position „Schadenrückstellung“ wird zu Vergleichszwecken der entsprechende Wert der Solvabilitätsübersicht gegenübergestellt.

Die einforderbaren Beträge aus RV werden anteilmäßig durch den Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherung dominiert. Die Schadenrückstellungen nach Solvency II betragen in Summe -11.234 TEuro, davon entfallen 74 % auf diesen größten Geschäftsbereich. Die Prämienrückstellungen übersteigen die Schadenrückstellungen, wobei die größte Kompensation über den Geschäftsbereich Nichtproportionale Sachrückversicherung mit einem Volumen von -17.544 TEuro erfolgt. Negative beste Schätzwerte der Prämienrückstellungen für das abgegebene Geschäft weisen darauf hin, dass die zukünftig zu leistenden Prämien die erwartete Entlastung durch die jeweiligen Gegenparteien übersteigen. Tendenziell sind Mittelabflüsse aus Rückversicherungsverträgen im Erwartungswert üblich. Für das Krankenversicherungsgeschäft

nAd Nichtlebensversicherung gibt es im Fremdgeschäft lediglich aus Altverträgen einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen, welche in Summe weniger als 8 TEuro betragen. Diese wurden wie oben beschrieben aus den Brutto-Rückstellungen nach Solvency II mittels des Verhältnisses der Brutto- zu Netto-HGB Schadenrückstellung ermittelt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen für das Lebensversicherungsgeschäft der RVV:

#### EINFORDERBARE BETRÄGE - LEBENSVERSICHERUNG

	HGB-vt. Rückstellungen in TEuro	SII-Einford. Beträge in TEuro
Lebensrückversicherung	30.945	30.945
<b>Summe</b>	<b>30.945</b>	<b>30.945</b>

Die einforderbaren Beträge beziehen sich vollständig auf die Lebensrückversicherung und betragen 30.945 TEuro. Diese gehören zu 98 % zu Retrozessionen aus übernommenem Leben-Gruppengeschäft, das sich lediglich aus drei seit 1995 bzw. 2001 bzw. 2010 auslaufenden Teilbeständen zusammensetzt. Da mindestens sieben Jahre keine weiteren Risiken gezeichnet wurden, bauen sich die einforderbaren Beträge kontinuierlich ab, so dass aus Proportionalitätsgründen unter Solvency II die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß HGB angesetzt werden.

### Vergleich zur HGB-Bilanzierung

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Bezeichnung „Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft“ auf der Passiv-Seite der Bilanz gezeigt.

Die Abweichungen zwischen HGB- und Solvency II-Schadenrückstellungen sind durch die unterschiedlichen Bewertungsmethoden und die Diskontierung der Zahlungsströme begründet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Vergleich dieser HGB-Position zur Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht gegenübergestellt:

VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II – NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KV)		
	HGB-Wert in TEuro	Solvency II-Wert in TEuro
<b>Nichtlebensversicherungen (außer Krankenversicherungen)</b>	<b>9.595</b>	<b>-12.692</b>
Prämienrückstellungen		-23.926
Schadenrückstellungen	9.844	11.234
Rückstellungen für Beitragsüberträge	-249	

## D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

### Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bilanzierung der anderen Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen entspricht nach Solvency II den Vorschriften der IFRS. Die Position umfasst unter anderem Jubiläumsverpflichtungen und Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten, die nach IAS 19 bilanziert werden. Die Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen der R+V erfolgt gemäß IAS 19 auf Basis der zu den

Rentenzahlungsverpflichtungen erläuterten Prämissen. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

Ansatz und Bewertung der weiteren Rückstellungen dieser Bilanzposition erfolgt entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind im Wesentlichen auf die unterschiedliche Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen zurückzuführen.

### Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Bilanzierung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach Solvency II entspricht den Vorschriften der IFRS.

Die Bewertung der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme der R+V erfolgt gemäß IAS 19 nach Anwartschaftsbarwertverfahren und basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten. Der Berechnung liegen aktuelle Sterbe-, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, erwartete Gehalts-, Anwartschafts- und Rentensteigerungen sowie ein realitätsnaher Rechnungszins zugrunde. Der Rechnungszins orientiert sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industrieanleihen von Emittenten bester Bonität gelten. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invaliditätsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach HGB erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 253 Abs. 1 HGB inkl. Einmalbeiträgen aus Auslagerungen an Pensionsfonds aus früheren Geschäftsjahren.

Der Unterschied zur HGB-Bilanz resultiert aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen nach IFRS und HGB.

### Depotverbindlichkeiten

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit den Nominalbeträgen. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Latente Steuerschulden

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

			Sonstige Verbindlichkeiten	
--	--	--	----------------------------	--

### Derivate

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind vor allem auf den Ansatz von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasings nach IAS 17 zurückzuführen.

### Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz abzüglich seiner

geschätzten Anteile, die als zukünftiger Zahlungsstrom in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt sind.

### Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Der Unterschied zur HGB-Bilanz ist auf die Verzinsung einer Insolvenzversicherung (Zinsaufwand nach IFRS) zurückzuführen.

### Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten erfasst, die unter keiner anderen Position bilanziert werden. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgt entsprechend dem IFRS-/HGB-Buchwert.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II-Wert in TEuro	HGB-Wert in TEuro
Eventualverbindlichkeiten	0	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	54.743	55.543
Rentenzahlungsverpflichtungen	49.121	34.122
Depotverbindlichkeiten	27.834	27.834
Latente Steuerschulden	633.011	0
Derivate	1.611	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	322.864	322.879
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	229.524	274.201
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	3.484	3.484
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	543	543
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	29.505	29.505
<b>Summe</b>	<b>1.352.239</b>	<b>748.110</b>

## D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die beizulegenden Zeitwerte unter Solvency II werden auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt. Die Zuordnung gibt Auskunft darüber, welche der ausgewiesenen Zeitwerte über Transaktionen am Markt zustande gekommen sind und in welchem Umfang die Bewertung wegen fehlender Markttransaktionen auf alternativen Bewertungsmethoden beruht, welche auf Basis beobachtbarer marktabgeleiteter Inputfaktoren oder mittels Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren erfolgen. Die Zuordnung zu einer der drei Level hängt gemäß Art. 10 DVO von den im Rahmen der Bewertung verwendeten Inputfaktoren ab:

Level 1: Prinzipiell sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise zu bewerten, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind.

Level 2: Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise zu verwenden, so werden die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise bewertet, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind, wobei den Unterschieden durch entsprechende Berichtigungen Rechnung getragen wird.

Level 3: Sind die Kriterien für einen aktiven Markt nicht erfüllt, sind alternative Bewertungsmethoden zu verwenden; diese stützen sich so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren und weitest möglich auf relevante Marktdaten, einschließlich folgender:

- (a) Preisnotierungen für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf Märkten, die nicht aktiv sind;
- (b) andere Inputfaktoren als Marktpreisnotierungen, die für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit beobachtet werden können, einschließlich Zinssätzen und -kurven, die für gemeinhin notierte Spannen beobachtbar sind, impliziter Volatilitäten und Kredit-Spreads;
- (c) marktgestützte Inputfaktoren, die möglicherweise nicht direkt beobachtbar sind, aber auf beobachtbaren Marktdaten beruhen oder von diesen untermauert werden.

Die Bewertungstechnik muss mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze in Einklang stehen:

- (a) dem marktbasierten Ansatz, bei dem Preise und andere maßgebliche Informationen genutzt werden, die durch Markttransaktionen entstehen, an denen identische oder ähnliche Vermögenswerte, Verbindlichkeiten oder Gruppen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beteiligt sind;
- (b) dem einkommensbasierten Ansatz, bei dem künftige Beträge, wie Zahlungsströme oder Aufwendungen und Erträge, in einen einzigen aktuellen Betrag umgewandelt werden (z.B. Barwerttechniken, Optionspreismodelle und die Residualwertmethode);
- (c) dem kostenbasierten oder dem auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierenden Ansatz, der den Betrag widerspiegelt, der gegenwärtig erforderlich wäre, um die Dienstleistungskapazität eines Vermögenswerts zu ersetzen;

Diese Zuordnung gemäß Art. 10 DVO wird von R+V zu Bewertungszwecken mit der Zuordnung gemäß IFRS 13 identifiziert.

Gemäß Art. 11 bis 15 und Kap. III DVO sind hiervon die folgenden Bilanzpositionen explizit ausgenommen, da gesonderte Bewertungsvorgaben vorliegen:

- Geschäfts- und Firmenwert
- Immaterielle Vermögenswerte
- Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen, sofern nach der Angepassten Equity-Methode bewertet
- Versicherungstechnische Rückstellungen einschl. der einfordernbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen
- Eventualverbindlichkeiten
- Finanzielle Verbindlichkeiten
- Latente Steuern

Die alternativen Bewertungsmethoden folgen überwiegend dem einkommensbasierten Ansatz. Ausnahmen sind bestimmte festgelegte Beteiligungen, die anhand des Ertragswertverfahrens nach IFRS 13 und IDW S1 bewertet werden. Hierfür werden zukünftige Dividenden für in der Regel drei Jahre sowie für eine nachhaltige Phase geschätzt und nach deren Diskontierung ein Unternehmenswert ermittelt.

Folgende Sachverhalte bewirken bei R+V auf Einzeltitel-ebene immer eine eindeutige Zuordnung zu folgendem Level:

## Level 1:

- Zum Stichtag unverändert übernommene Marktpreise von aktiven Märkten, unabhängig davon, wie niedrig am Bewertungsstichtag das Transaktionsvolumen an diesem Handelsplatz tatsächlich ist
- Kurse auf anderen Börsenplätzen als dem in SAP zugeordnetem „Stamm-Handelsplatz“

## Level 2:

- Kursmitteilung eines an der Börse gelisteten Papiers direkt vom Emittenten (z.B. wegen geringer Emissionsgröße)
- Zuordnung zu fiktiven Handelsplätzen bei Preiserweichungen
- Kurs, der älter als 10 Tage ist

- Berichtigungen ausschließlich anhand Marktparametern wie Zinsstrukturkurve, Währung, Ratingklasse usw.

## Level 3:

- Bewertung anhand des Ertragswertverfahrens IDW S1
- Verwendung des Net-Asset Values (NAV)
- Überwiegende Verwendung von Schätzungen wie Wahrscheinlichkeiten usw.
- Papiere, die sich in Liquidation befinden und wo keine aktuelle Kursermittlung mehr stattfindet
- Verwendung des Anschaffungswerts oder des Nominalwertes

Die nachfolgende Tabelle stellt die angewandten Bewertungshierarchien für die relevanten Bilanzpositionen der RVV im Überblick dar.

## SOLVENCY II-BEWERTUNGSHIERACHIE

	Bewertungslevel		
	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten Level 1	Notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte und Verbindl. Level 2	nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter Level 3
<b>Aktiva</b>			
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf			X
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			X
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen		X	X
Anleihen			
davon Staatsanleihen	X	X	
davon Unternehmensanleihen	X	X	X
davon Strukturierte Schuldtitel	X	X	X
Investmentsfonds	X	X	X
Derivate		X	
Sonstige Vermögenswerte		X	X
<b>Passiva</b>			
Rentenzahlungsverpflichtungen			X
Derivate		X	
Sonstige Verbindlichkeiten			X

In einem regelmäßigen Prozess wird sichergestellt, dass die verwendeten Modelle zur Bewertung der Level 3-Positionen den regulatorischen Anforderungen gemäß § 74 VAG genügen. Hierbei werden die Grundsätze der ordnungsmäßigen Buchführung hinsichtlich Willkürfreiheit und Stetigkeit berücksichtigt. Weiterhin werden die zugrundeliegenden Annahmen und Inputparameter dokumentiert und regelmäßig validiert. Sollten sich Veränderungen der Bewertungsbasis, zum Beispiel bei inaktiven Märkten oder bei der Anpassung von Parametern ergeben haben, die

eine andere Zuordnung erforderlich machen, werden entsprechende Umgliederungen vorgenommen.

Neben den internen Validierungsmaßnahmen erfolgt ab dem Stichtag 31. Dezember 2016 gemäß § 35 (2) VAG eine regelmäßige Prüfung der Solvabilitätsübersicht und deren zugrundeliegendem Bewertungsansatz durch den Abschlussprüfer.

Im Folgenden werden sämtliche alternative Bewertungsmethoden erläutert, die im Berichtszeitraum für die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Anwendung fanden.

### Immobilien

Für Immobilien wird der Zeitwert anhand der zu erwartenden Mieteinnahmen, abzüglich der erwarteten Bewirtschaftungskosten, diskontiert auf den Stichtag, berechnet. Hierbei handelt es sich um eine kapitalwertorientierte Methode.

Immobilien (außer zur Eigennutzung) werden mittels eines normierten Bewertungsverfahrens auf Basis der Vorschriften der deutschen Wertermittlungsverordnung (WertV), der Wertermittlungsrichtlinien und des Baugesetzbuches ermittelt. Hiernach werden die Verkehrswerte der Immobilien zum Beispiel mittels Vergleichswert- oder Ertragswertverfahren ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem auf Basis aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie überregionaler Vergleichspreise. Wesentliche eingehende Bewertungsparameter sind dabei der nachhaltige Rohertrag sowie der zur Diskontierung über die wirtschaftliche Restnutzungsdauer der Gebäude verwendete Zinssatz.

Anlagen im Bau werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da die Buchwerte hier die besten Näherungswerte der Zeitwerte darstellen.

### Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Für verbundene Unternehmen, bei denen es sich um ein Versicherungsunternehmen handelt, werden unter Solvency II die anteiligen Überschüsse der Aktiva über die Passiva der Solvabilitätsübersicht angesetzt (Angepasste Equity-Methode).

Die übrigen Beteiligungen in Stufe 3 werden mit Hilfe des Ertragswertverfahrens ermittelt. Hierfür werden zukünftige Dividenden für in der Regel drei Jahre sowie für eine nachhaltige Phase geschätzt und nach deren Diskontierung ein Unternehmenswert ermittelt.

Einige Immobilienbeteiligungen werden mit dem NAV bewertet. Das bedeutet, dass von den Vermögenswerten die Schulden abgezogen werden, der Zeitwert der Beteiligung ergibt sich anschließend aus der Beteiligungsquote am ermittelten Nettowert.

In einigen nicht wesentlichen Fällen, in denen der beizulegende Zeitwert auch unter Verwendung einer Bewertungstechnik, die nicht auf Marktdaten basiert, nicht ermittelt

werden kann, werden Beteiligungen mit ihren Anschaffungskosten als angemessenem Näherungswert bewertet.

### Unternehmensanleihen

Wenn durch den Kurslieferanten auf Preise schlechterer Qualität zurückgegriffen wurde oder es sich um Börsenpapiere handelt für die der Handel ausgesetzt ist, erfolgt eine Umgliederung von Level 2 in Level 3.

### Strukturierte Schuldtitel

Strukturierte Produkte werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden - insbesondere Barwertmethoden, Discounted-Cashflow-Methoden sowie dem Libor-Market-Modell - ermittelt. Eingehende Bewertungsparameter sind hierbei die Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurve, emittenten- und risikoklassenspezifische Credit-Spreads, Volatilitäten und Korrelationen für CMS-Swapsätze.

### Investmentfonds

Die Marktpreise der extern verwalteten Immobilienfonds werden von der KVG gemeldet. Als Bewertungsgrundlage dient hier der Net-Asset-Value.

### Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Berechnung nach den Anforderungen des IAS 19 erfolgt durch externe Gutachten, wobei die Berechnungen auf den biometrischen Grundwerten der Heubeck-Tafeln beruhen. Der Diskontierungszinssatz ist gemäß IAS 19 auf Grundlage der Renditen bestimmt worden, die am Bilanzstichtag für erstrangige Industriefinanzierungen erzielt wurden.

### Sonstige Vermögenswerte / Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den „Sonstigen Vermögenswerten“ sind verschiedene Bilanzpositionen zusammengefasst. Dies betrifft im Wesentlichen Forderungen (Handel, nicht Versicherung) sowie Forderungen gegenüber Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler. Die Position „Sonstigen Verbindlichkeiten“ umfasst Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler sowie andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen. Die zusammengefassten Bilanzpositionen der „Sonstigen Vermögenswerte“ und „Sonstigen Verbindlichkeiten“ werden in der Solvabilitätsübersicht gemäß IFRS grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Restbuchwert oder zum Nominalwert angesetzt. Abweichungen zum IFRS-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden.

			Sonstige Angaben	
--	--	--	------------------	--

## D.5 Sonstige Angaben

Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## E Kapitalmanagement

### E.1 Eigenmittel

#### Kapitalmanagementstrategie

Dem Zusammenspiel zwischen Kapital- und Risikomanagement kommt eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung der Gesamtsolvabilität zu. Darüber hinaus erfordern die Volatilität der Soll- und Ist-Werte aufgrund der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Richtlinie sowie die Anforderung, dass der Risikokapitalbedarf jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken ist, einerseits eine kontinuierliche Beobachtung der Bedeckung und andererseits ein angemessenes, zukunftsorientiertes Management der Eigenmittel. Im Rahmen des Kapitalmanagements sind mögliche Maßnahmen zu beurteilen, die einer Verbesserung oder Wiederherstellung der Eigenmittelausstattung unter Normalbedingungen sowie in Stresssituationen dienen können.

Die vorausschauende Gegenüberstellung der Kapitalanforderungen und der verfügbaren Eigenmittel über den Planungshorizont findet im mittelfristigen Kapitalmanagementplan statt.

Das Kapitalmanagement liegt – als wesentlicher Teil des Risikomanagements – in der Verantwortung des Vorstands der RVV. Ein zentraler Aspekt des Kapitalmanagementprozesses stellt die Erstellung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans dar. Die Aufgabe des Kapitalmanagementplans liegt darin, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen der RVV zu gewährleisten. Der mittelfristige Kapitalmanagementplan berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- geplante Kapitalemissionen;
- die Fälligkeit von Eigenmittelbestandteilen unter Einbeziehung sowohl der vertraglich vereinbarten Fälligkeit als auch einer vorzeitigen Rückzahlungs- oder Tilgungsmöglichkeit;

- die Auswirkung einer Emission, Tilgung, Rückzahlung oder anderweitigen Veränderung der Bewertung von Eigenmittelbestandteilen auf die Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung von SCR und MCR (Tiering);
- die Anwendung und die Implikationen der Ausschüttungsstrategie;
- die Ergebnisse der im Rahmen des ORSA durchgeführten Projektionen.

Der Betrachtungshorizont des Kapitalmanagementplans entspricht analog dem Geschäftsplanungshorizont der RVV 3 Jahre.

Der Kapitalmanagementplan berücksichtigt die Ergebnisse der im ORSA durchgeführten Projektionen und stellt daraus die im Verlauf der Planungsperiode resultierende Entwicklung der Bedeckung dar. Der Kapitalmanagementplan spiegelt somit die Wechselwirkung zwischen der Kapitalplanung und dem Risikoprofil des Unternehmens sowie die Verzahnung der beiden Prozesse wider.

Aufgrund der gesetzlich geforderten Verzahnung des Kapitalmanagementprozesses mit dem ORSA orientiert sich die Frequenz der Aktualisierung des Kapitalmanagementplans an der Frequenz des ORSA-Prozesses. Somit ist der Kapitalmanagementplan einerseits jährlich infolge eines regulären ORSA und andererseits infolge eines ad-hoc ORSA zu aktualisieren.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die zugrunde gelegten Ziele, Annahmen und Maßnahmen der Kapitalmanagementstrategie.

#### Gesamteigenmittel

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nicht-anzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.



				Eigenmittel
--	--	--	--	-------------

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Kriterienprüfung genehmigt. Derzeit strebt die RVV keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an.

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung beziehungsweise Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“, unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Mindestanforderungen:

- Ständige Verfügbarkeit

- Nachrangigkeit  
- Ausreichende Laufzeit

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Zum Stichtag werden alle Basiseigenmittel der RVV gemäß den oben genannten Kriterien als Tier 1 klassifiziert. Nachrangige Verbindlichkeiten und latente Netto-Steueransprüche liegen zum Stichtag nicht vor.

BASISEIGENMITTEL				
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	352.220	352.220	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	1.632.887	1.632.887	0	-
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei VVaG und diesen ähnlichen Unternehmen	0	0	0	-
Nachrangige Mitgliederkonten von VVaG	0	0	0	0
Überschussfonds	0	0	-	-
Vorzugsaktien	0	0	0	0
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	8.723.612	8.723.612	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	-	-	0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	0	0	0	0
Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	0	0	0	0
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>10.708.720</b>	<b>10.708.720</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Basiseigenmittel der RVV setzen sich zum Stichtag aus 352.220 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB – enthalten in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ – in Höhe von 1.632.887 TEuro und der Ausgleichsrücklage in Höhe von 8.723.612 TEuro zusammen. Latente Steuerschulden nach Saldierung sind in der Ausgleichsrücklage enthalten.

Das Grundkapital wird als solches bezeichnet, sofern zum einen die Aktien direkt vom Unternehmen ausgegeben

werden und zum anderen die Aktien, im Falle der Insolvenz, einen Anspruch des Inhabers auf das Restvermögen der Gesellschaft verkörpern. Das Grundkapital der RVV ist in 13.560.480 Stückaktien aufgeteilt.

Gemäß Solvency II wird die Ausgleichsrücklage ermittelt, indem vom Überschuss der Aktiva über die Passiva die separat ausgewiesenen Basiseigenmittel, die vom Unternehmen gehaltenen eigenen Aktien, vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte sowie Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden.

AUSGLEICHSRÜCKLAGE			
	HGB-Wert	Umbewertung	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	164.666	164.666	-
Bilanzgewinn/-verlust	0	0	-
Bewertungsunterschiede	-	8.558.946	-
Anlagen	6.217.507	7.841.039	14.058.547
Sonstige Vermögenswerte	944.970	-53.496	891.474
Vt. Rückstellungen	3.447.405	443.120	3.004.285
Sonstige Verbindlichkeiten	1.565.299	846.071	719.228
Latente Steuerschulden nach Solidierung	0	-517.788	-517.788
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	-	0	0
<b>Ausgleichsrücklage</b>		<b>8.723.612</b>	

Die Ausgleichsrücklage enthält zum Stichtag unter anderem die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 164.666 TEuro sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (7.841.039 TEuro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (443.120 TEuro). Die Umbewertung der sonstigen Verbindlichkeiten beinhaltet ebenfalls die unter HGB zu bilanzierenden Schwankungsrückstellungen (816.535 TEuro), welche unter Solvency II in der Ausgleichsrücklage als Eigenmittel angesetzt wird. Weiterhin liegen latente Steuerschulden nach Saldierung in Höhe von 517.788 TEuro vor, welche unter HGB nicht angesetzt werden.

### Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel gemäß Solvency II sind neben der Eigenmittelgüte, d.h. der Klassifizierung in Tiers, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden. Da zum Stichtag die Eigenmittelbestandteile vollständig als Tier 1-Eigenmittel klassifiziert werden, kommen die quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung des SCR und MCR nicht zum Tragen.

ANRECHNUNGSFÄHIGE EIGENMITTEL				
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gesamtbetrag der für die <b>Erfüllung der SCR</b> anrechnungsfähigen Eigenmittel	10.708.720	10.708.720	0	0
Gesamtbetrag der für die <b>Erfüllung der MCR</b> anrechnungsfähigen Eigenmittel	10.708.720	10.708.720	0	-

### Vergleich zum HGB-Eigenkapital

Die Unterschiede zum HGB-Eigenkapital umfassen zum Stichtag im Wesentlichen die in der Ausgleichsrücklage enthaltenen Umbewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der latenten Netto-Steueransprüche (8.558.946 TEuro). Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB

und Solvency II. Die Berechnung der Schadenrückstellungen für die Bereiche Nichtlebensversicherung (außer KV) und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung erfolgt unter Solvency II nach den marktconformen Prinzipien des besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich in Höhe von 622.494 TEuro positiv auf die Eigenmittel auswirken. Zusätzlich werden

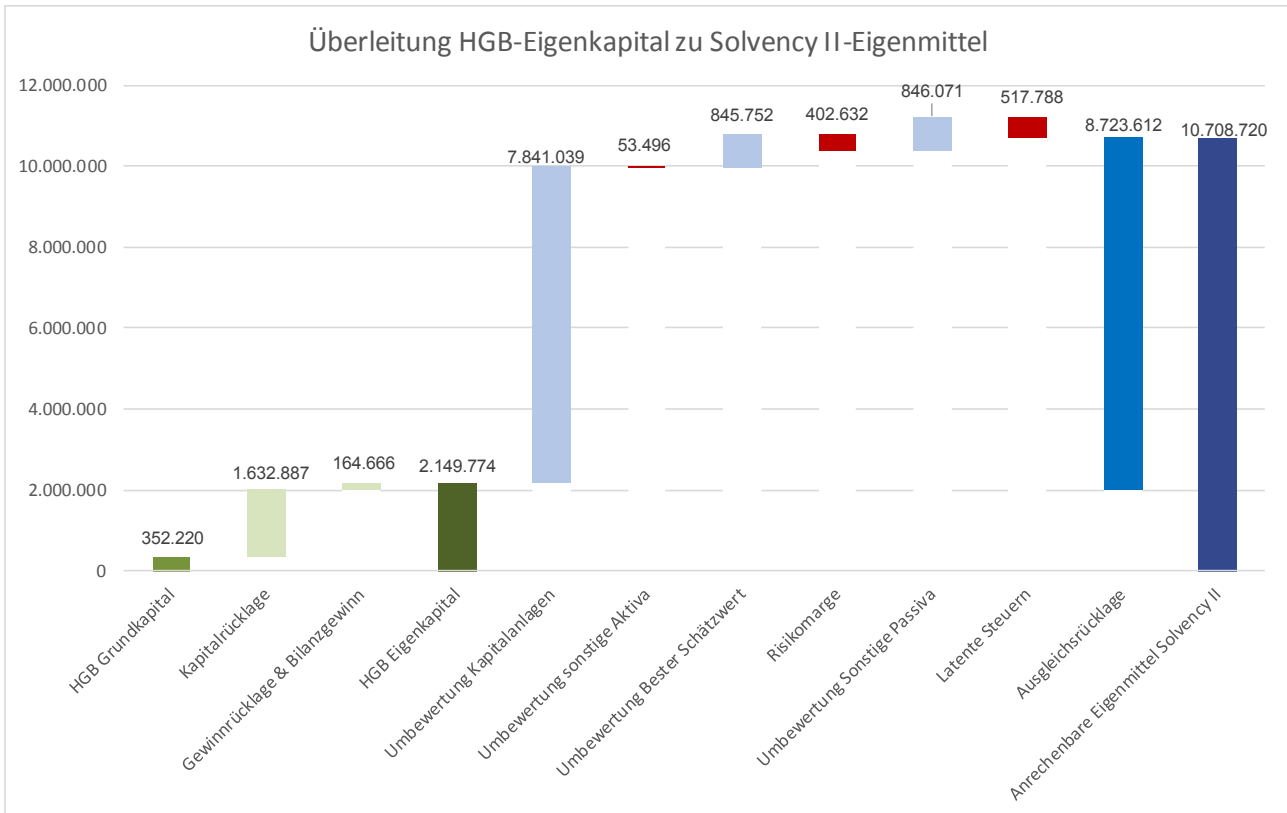
				Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung
--	--	--	--	---

die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen gemäß HGB (817.189 TEuro) unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Die Prämienrückstellung als Bilanzgröße für noch nicht eingetretene Verpflichtungen wirkt sich geringfügig positiv auf die Eigenmittel unter Solvency II aus. Diese weist einen ähnlichen Charakter wie die Rückstellungen für Beitragsüberträge und Drohverlustrückstellungen unter HGB auf. Unterschiede zur Bewertung unter HGB ergeben sich aufgrund des Ansatzverbots für nicht realisierte Gewinne unter HGB nach dem Realisationsprinzip. Der Beste Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen für den Bereich Lebensversicherung führt im Vergleich zu den versicherungstechni-

schen Rückstellungen nach HGB zu einer nicht signifikanten Erhöhung der Eigenmittel um 4.930TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen Krankenversicherung nAd Lebensversicherung werden unter Solvency II im Bereich Nichtlebensversicherung (außer KV) berücksichtigt.

Weiterhin resultiert der Ansatz einer Risikomarge (-402.632 TEuro) in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II.

Insgesamt ergeben sich anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 10.708.720 TEuro.



## E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt

werden. Er wird als Value at Risk (VAR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5% über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet.

Grundsätzlich folgt die Berechnung des SCR einem modularen Aufbau. In dieser Struktur werden Risiken, die einen ähnlichen Ursprung aufweisen, zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst, wobei bei der RVV folgende Risiken berücksichtigt werden:

- Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- Lebensversicherungstechnisches Risiko
- Krankenversicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Gegenparteiausfallrisiko
- Operationelles Risiko

Die jeweiligen Risikomodule setzen sich zusätzlich aus verschiedenen Subrisikomodulen zusammen. Für diese werden die jeweiligen Kapitalanforderungen bestimmt und anschließend zum SCR der übergeordneten Risikokategorie aggregiert. Gemäß diesem Aufbau werden die einzelnen Risikokategorien zur sogenannten Basissolvvenzkapitalanforderung (BSCR) aggregiert. Um anschließend das Gesamt-SCR zu ermitteln, wird einerseits die Kapitalanforderung für operationelle Risiken zum Basis-SCR hinzuge-rechnet und andererseits wird der Einfluss risikomindernder Effekte (Verlustrückstellungen der versicherungstechnischen Rückstellungen und Verlustrückstellungen der latenten Steuern) berücksichtigt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden außer für das Gegenparteiausfallrisiko keine vereinfachten Berechnungen verwendet. Im Gegenparteiausfallrisiko wird zwischen zwei Typen unterschieden: Derivate, Sichteinlagen und Rückversicherungsverträge werden in einem ratingbasierten Ansatz als Typ-1-Exponierungen behandelt, für Hypothekendarlehen und Außenstände wird als Typ-2-Exponierungen eine vereinfachte Berechnung verwendet. Die jeweiligen Risikobeiträge werden mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum SCR des Moduls aggregiert.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter angewendet.

Die Basis-SCR (BSCR) beträgt zum Stichtag 3.514.882 TEuro. Die Ermittlung erfolgt durch Aggregation der Risikomodule mittels einer Wurzelformel sowie einer vorgegebenen Korrelationsmatrix, welche die Abhängigkeiten der Risikomodule berücksichtigt. Der daraus entstehende Diversifikationseffekt beträgt 965.358 TEuro. Das SCR der RVV setzt sich aus dem BSCR und dem operationellen Risiko (OpRisk) in Höhe von 76.414 TEuro zusammen, abzüglich der Risikominderung durch latente Steuern in Höhe von 517.788 TEuro und beträgt somit

3.073.508 TEuro. Das MCR liegt bei 768.377 TEuro, dies entspricht 25 % des SCR-Wertes. Die Aufteilung des SCR auf die einzelnen Risikokategorien kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

SCR / MCR	
	IST 2016
	in TEuro
Marktrisiko	2.441.905
Gegenparteiausfallrisiko	3.142
Lebensversicherungstechnisches Risiko	15.265
Krankenversicherungstechnisches Risiko	46.679
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	1.973.248
Diversifikation	-965.358
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0
<b>Basissolvvenzkapitalanforderung</b>	<b>3.514.882</b>
Operationelles Risiko	76.414
Verlustrückstellungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	0
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	-517.788
<b>Solvvenzkapitalanforderung</b>	<b>3.073.508</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>768.377</b>

Das Marktrisiko nimmt mit 2.441.905 TEuro die größte Risikoposition der RVV ein, gefolgt vom Nichtlebensversicherungstechnischen Risiko mit 1.973.248 TEuro.

Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 348 %, die des MCR bei 1.394 %.

Aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß DVO Artikel 297 Abs. 2 a sind wir zu folgender Aussage verpflichtet: Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

### E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

				Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen
--	--	--	--	---

#### E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell kommt bei der RVV nicht zur Anwendung.

#### E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Zum Bilanzstichtag und während des Berichtszeitraumes lag stets eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

#### E.6 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## Abkürzungsverzeichnis

### ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (I/III)

A.o. Abschreibungen	Außerordentliche Abschreibungen	bzw.	beziehungsweise
ABS	Asset-Backed-Securities	CA	Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Abs.	Absatz	ca.	circa
abzgl.	abzüglich	CAA	Commissariat aux Assurances
AG	Aktiengesellschaft	CDL	Condor-Dienstleistungs GmbH
AktG	Aktiengesetz	CL	Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
ALV	Arbeitslosigkeitzusatzversicherung	CMS	Constant Maturity Swaps
ALM	Asset-Liability-Management	CRA	Credit Rating Agency
Art.	Artikel	CVA	Credit Valuation Adjustment
AU	Arbeitsunfähigkeitsversicherung	DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins	DB	Direktionsbetrieb
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	DBO	Defined Benefit Obligation
ATZ	Altersteilzeit	DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
BÄK	Bundesärztekammer	DQ	Data Quality
bAV	betriebliche Altersvorsorge	DVO	Durchführungsverordnung
BCM	Business Continuity Management	DZ BANK AG	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
BKA	Bundeskriminalamt	e.V.	eingetragener Verein
BKK	Betriebskrankenkasse	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
bKV	betriebliche Krankenversicherung		Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
BLU	Bestandssystem Leben Unfall	EFSF	Europäische Gemeinschaft
BoS	Board of Supervisors	EG	Europäische Gemeinschaft
BP	Basispunkte	Einford.	Einforderbar
BSCR	Basis SCR	EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
BSM	Branchensimulationsmodell	ErfA	Erfahrungsaustausch
bspw.	beispielsweise	ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung	etc.	et cetera
BUC	Berufsunfähigkeitsversicherung Chemie	EU	Europäische Union
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	EUR	Euro
bzgl.	bezüglich	EVT	Ertragsschadenversicherung Tier
		EWU	Europäische Währungsunion

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (II/III)

EZB	Europäische Zentralbank	KV	Krankenversicherung
FD	Filialdirektion	KWG	Kreditwesengesetz
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung	LA	Lenkungsausschuss
Fondsgeb.	Fondsgebunden	LAZ	Lebensarbeitszeit
FRV	Fondsgebundene Rentenversicherung	lfd.	laufend
GA	Generalagentur	LSA	Loi du 7 decembre 2015 sur le secteur des assurances
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles	LV	Lebensversicherung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	LVRG	Lebensversicherungsreformgesetz
ggf.	gegebenenfalls	MARS	Maklerabrechnungssystem
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Mgm.	Management
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	nAd	nach Art der
GPAR	Gegenparteausfallrisiko	NAV	NetAsset Value
grds.	grundsätzlich	NPP	Neue-Produkte-Prozess
GWG	Geldwäschegesetz	Nr.	Nummer
HGB	Handelsgesetzbuch	o.ä.	oder ähnliches
HRB	Handelsregister Abteilung B	OpRisk	Operationelles Risiko
HUR	Haftpflicht-Unfallrenten	OEDIV	Oetker Daten- und Informationsverarbeitung KG
HZV	Haftpflicht-Zusatzversicherung	ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
i.R.	in Ruhestand	OTC	Over-the-counter
IAS	International Accounting Standards	pAV	private Altersvorsorge
IDD	Insurance Distribution Directive	PG	Patentgesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.	PKV	Private Krankenversicherung
IFRS	International Financial Reporting Standards	PUMA	Portale und mobiler Arbeitsplatz
IIA	Institute of Internal Auditors	PSG	Pflegestärkungsgesetz
IKS	Internes Kontrollsystem	QPPM	Quasi Peak Programme Meter
IRKS	Integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung	QRT	Quantitative Reporting Templates
ISRK	Interne Schadenregulierungskosten	OSN	Overall Solvency Needs
KV	Krankenversicherung	R+V	Hier: R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe
KoSt	Koordinierungsstelle	R4/2011	BaFin Rundschreiben 4/2011

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (III/III)

RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen	u.a.	unter anderem
Reg. CAA	Règlement du Commissariat aux Assurances N° 15/03 vom 7. Dez. 2015	Überschussf.	Überschussfonds
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	UBR	Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr
RMF	Risikomanagementfunktion	üG	übernommenes Rückversicherungsgeschäft
RSR	Regular Supervisory Report	UFR	Ultimate Forward Rate
RV	Rückversicherung	U-Kasse	Unterstützungskasse
RVA	R+V Allgemeine Versicherung AG	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
RVK	R+V Krankenversicherung AG	USD	US-Dollar
RVL	R+V Lebensversicherung AG	usw.	und so weiter
RVLux	R+V Luxembourg Lebensversicherung Lebensversicherung S.A.	UZV	Unfallzusatzversicherung
RVV	R+V Versicherung AG	VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
RZ	Rechenzentrum	VAG a.F.	Versicherungsaufsichtsgesetz alte Fassung
RZV	Risikozusatzversicherung	VaR	Value at Risk
S.A.	Societa' Anonima	Verbindl.	Verbindlichkeiten
S&P	Standard and Poor's	VMF	Versicherungsmathematische Funktion
saG	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	VT	Versicherungstechnik
SAP FS-CD	SAP Financial Services Collections and Disbursements	Vt.	Versicherungstechnisch
SAP FS-ICM	SAP Financial Services Incentive and Commission Management	VTV	Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
SATEC	Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien des Großherzogtums Luxemburg	VV-KR	Bereich Konzern-Revision der R+V
SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
SFCR	Solvency and Financial Condition Report	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
SII	Solvency II	VVS	Vertriebsverwaltungssystem
sog.	sogenannte	WertV	Wertermittlungsverordnung
SPV	Soziale Pflegeversicherung	z.B.	zum Beispiel
SRK	Schadenregulierungskosten	ZÜB	Zukünftige Überschussbeteiligung
SV	Schadenversicherung	ZÜRS	Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen
SVG	Selbstverwaltungsgesetz		
SWOT	Strenght-Weaknesses-Opportunities-Threats		
TEuro	Tausend Euro		
TV	Television		